Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 115 6.3.1976

D 22354 C

INLAND

INTERNATIONALES

ZUR LAGE IN SPANIEN

herausgeber:
frankfurter informationsdienst e.v.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel.: 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

redaktionsschluß:
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur:
f. kern

kontaktzentren:

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79

4630bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel: 70 23 36

74tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr.20

8000münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel: 280 95 22

schweiz:
eco libro
8004zürich
engelstr. 62
tel: 01/39 12 67

vierteljahres-abo: 18 mark gegen vorkasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen. genaue anschrift angeben.

druck: eigendruck

INLAND

ANPASSUNG ODER GEGENINFORMATION ?

HAMBURG (HJI/ID) 2. März

Über erste Schritte zur Gemeinsamkeit der Journalisten in der Bundesrepublik schreibt das Hamburger Journalisten-Info „Solidarität" vom 26. Februar:

"Der Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß, der sich seit Jahren im Druck- und Pressebereich vollzieht, hat nicht nur untragbare Folgen wirtschaftlicher Art für die betroffenen Kollegen, sondern bedeutet auch einen verschärften Angriff auf die Informationsfreiheit: Allein im vergangenen Jahr sind 36 Tageszeitungen verschwunden. In weiten Teilen der BRD (derzeit schon über 40 %) ist nur noch eine einzige Tageszeitung zu haben, während Springers reaktionäre „Bild"-Zeitung innerhalb eines Jahres eine Auflagensteigerung von 250 000 auf 4,3 Millionen erreichen konnte.

Mit Riesensummen und technischen Neuerungen wird auf unsere Kosten im Informations- und Nachrichtenwesen die Bildung weniger Monopole betrieben:

- Der Madsack-Konzern machte 1973 in Hannover den Anfang mit einem 110-Millionen-Druckzentrum.
- Der Stuttgarter Zeitungsverlag wird seine Anfang 1975 vollzogene Mammutfusion (ihr fielen vier große Regionalzeitungen und 70 Lokalblätter zum Opfer) durch ein noch monströseres Druckhaus sanktionieren.
- Der Hamburger Springer-Konzern, der sich mit Bauer, Gruner und Jahr und Burda seit 1968 zu den umsatzstärksten Zeitschriftenverlagen entwickelt hat, kontrolliert inzwischen — direkt oder indirekt — den ganzen Tageszeitungsmarkt zwischen Hamburg und Lübeck.

Die Monopolisierung bringt mehr Profit für weniger Presse-Unternehmer. Sie bietet zugleich aber auch den Verlegern eine bessere Kontrollmöglichkeit dafür, daß ihre kapitalistischen Interessen publizistisch vertreten werden. Im Namen des Verbandes Deutschen Zeitschriftenverleger äußerte sich Horst Mahnke folgendermaßen: „Die Solidarität der Verleger untereinander darf nicht nur ein verbales Lippenbekenntnis bleiben, sondern muß endlich in das Stadium der Realisation treten. Solidarität der Verleger mit der übrigen Unternehmerschaft hätte der nächste Schritt zu sein."

Diese einseitige Auslegung von „Pressefreiheit" ist in dem als progressiv gepriesenen Redaktionsstatut des STERN exemplarisch festgeschrieben: „Die Redaktion des STERN bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Ordnung und zu fortschrittlich-liberalen Grundsätzen. Die Redaktion des STERN verpflichtet sich, nicht gegen die vorgenannten Ziele zu verstoßen und unter Wahrung ihres journalistischen Auftrages ihrer Verantwortung gegenüber dem Unternehmen und seinen Mitarbeitern gerecht zu werden."

Was dem Wohle des Unternehmens dienlich ist, bestimmt trotz Redaktionsstatuten rigoroser denn je der Verleger. Journalisten, die durch die Konzentration in zunehmendem Maße von Arbeitslosigkeit bedroht sind, wenn auch nicht so zahlreich wie die Drucker und Setzer, können leichter gezwungen werden, sich anzupassen und ihre Funktion als Verbreiter der herrschenden Ideologie auszuüben. Die Spielräume für eine Berichterstattung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung schrumpfen: mehr denn je wird verschwiegen, verschleiert, verfälscht und offen gehetzt. Paul Dierichs, Verleger der „Hessischen Allgemeinen" hat das mit dankenswerter Deutlichkeit ausgedrückt: „Man muß der Presse auch die Möglichkeit geben, Lügen zu verbreiten, denn die Pressefreiheit ist unteilbar."

Gegenmaßnahmen von Betroffenen sind nach solcher Kapitalistenlogik denn auch grundsätzlich „schwere Eingriffe in die Pressefreiheit". So gab es ein Mordsgezeter im bundesdeutschen Blätterwald, als in der Tarifrunde '73 Drucker der „Neuen Ruhr-Zeitung" (NRZ) einen Kommentar des Chefredakteurs Jens Feddersen aus dem Blatt hauten, der ihre Streiks diffamierte.

Kollegen von der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", die gegen Arbeitshetze und für die Neueinstellung von Kollegen kämpften, verhinderten am 30. Oktober 1975 das Erscheinen des Blattes, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Am Tag darauf erschien auf der Titelseite ein Kommentar, unterschrieben mit „Die Redaktion", der „die Gefährdung der Pressefreiheit" durch die HAZ-Kollegen anprangerte. Die Kollegen wollten darauf mit einem Leserbrief antworten, der nicht abgedruckt wurde. Chefredakteur W. Wagner dazu: „Die Veröffentlichung eines Leserbriefes aus unserem eigenen Hause, der Formulierungen enthält, die für viele unserer Leser von der Ausdrucksweise von Kommunisten kaum noch zu unterscheiden sind, würde den Eindruck erwecken, daß unser Haus nicht mehr imstande sei, sich gegen stark linksgerichtete Tendenzen im eigenen Betrieb behaupten zu können."

Wer die Presse anderer westeuropäischer Länder studiert, weiß, daß es auch in bürgerlichen Zeitungen üblich ist, über Kämpfe von Arbeitern sachlich zu informieren. Hierzulande ist die Verleger-Kontrolle so stark, daß man die Situation der Presse mit der im faschistischen Spanien gleichsetzen muß. Der Frankfurter Informationsdienst für die Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID) veröffentlichte in Nr. 110 erstmals Namen und Adressen von CIA-Agenten in der Bundesrepublik. Die ausländische Presse griff die Nachricht sofort auf. Die bundesdeutschen Medien schwiegen sich aus oder brachten spärliche Meldungen. Die „Frankfurter Rundschau" veröffentlichte auf Seite 1 einen großen Beitrag über CIA-Aktivitäten — aber in Italien !!! (nach ID Nr. 111).

Hart durchgegriffen wird in den Redaktionen gegen jeden, der nur versucht, die Berichterstattung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung zu verändern. In der „Hamburger Morgenpost" gab es mehrere Säuberungswellen. 1973 flogen einige Redakteure raus, nachdem die Besetzung des Hauses Ekhofstraße im Gegensatz zu „Bild" nicht kriminalisiert worden war. Vielmehr hatte man sich bemüht, Verständnis für die Motive der Hausbesetzer zu erwecken.

Als Anfang 1974 der STERN auf Rechtskurs ging (Henri Nannen damals sinngemäß: „In der BRD hat sich viel getan. Man muß der SPD gegenüber eine differenzierte Haltung einnehmen. Die Redakteure haben sich den Realitäten anzupassen."), entledigte man sich eines guten Dutzends von Journalisten, die diese Anpassungsfähigkeit nicht grantierten und die sich zum großen Teil auf gewerkschaftlicher Basis den Entlassungen und der Spaltung unter den Kollegen (Gruner + Jahr-Hauptaktionär R. Mohn: in einem Jahr Luschen und Querulanten raus) widersetzt hatten.

Trotz der drastischen Einschüchterungs- und Strafmaßnahmen gibt es in der BRD immer wieder vereinzelt Ansätze, dieser Entwicklung Widerstand entgegenzusetzen. Seit Jahren stellt beispielsweise Günter Wallraf seine Fähigkeiten in den Dienst arbeitnehmerfreundlicher Berichterstattung und läßt sich auch durch Prozesse nicht davon abschrecken. Als er auf Anklage des faschistischen Schriftstellers Kurt Ziesel vor kurzem zu einer Geldstrafe verdonnert wurde, weil er sich unter falschem Namen in den Gerling-Konzern „eingeschmuggelt" hatte, war sein Kommentar, daß er auch in den Knast gehen würde, um dann darüber zu berichten. In Köln kritisierten vor einiger Zeit 150 Gäste einer Veranstaltung der Deutschen Journalisten-Union (dju) öffentlich die diffamierende Berichterstattung unserer Medien über den revolutionär-demokratischen Prozeß in Portugal.

Vom WDR Köln wurde vergangenes Jahr eine Dokumentation über die Bewegung gegen das Kernkraftwerk Wyhl gesendet, das die Motive der Bürgerinitiative aufzeigte und auch darstellte, wie die Polizei gegen sie vorging. Das wurde von den Reaktionären der CDU zum Anlaß genommen, den Sender als „Rotfunk" zu attakkieren, aber der Film war immerhin gelaufen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an fast vergessene frühere Kämpfe. Als nach dem Krieg von der Militärregierung gezielt Lizenzen vergeben und die alten reaktionären Kräfte auf neue Posten gehievt wurden, gelang es bei der „Frankfurter Rundschau" mit Hilfe zweier fortschrittlicher Presseoffiziere und einem Lizenz-

träger-Gremium aus drei Sozialdemokraten, zwei Kommunisten und Parteilosen, eine konsequent antifaschistische Haltung einzunehmen und einen sozialistischen Neuaufbau zu propagieren. 1948 brach das Gremium hauptsächlich aufgrund heftiger öffentlicher Angriffe auseinander. Die führenden Köpfe — Gerst und Carlebach — mußten abtreten. (Näheres in dem rororo-aktuell-Band „Wie links dürfen Journalisten sein?", erschienen 1972).

Auf einer Tagung „Innere Pressefreiheit" in Loccum formulierten 1970 fortschrittliche Journalisten einige Grundsätze ihrer Arbeit: „Die Journalisten müssen ... erkennen, daß ihr Kampf um mehr Autonomie bezogen bleiben muß auf die Interessen derer, für die sie informieren, d.h. jener, die nicht das Privileg besitzen, Informationen und Meinungen zu verbreiten ... folgerichtig bedarf die Statutenbewegung des Bündnisses mit solchen Formen der Organisation und Solidarisierung, in denen der Wille der Unterprivilegierten zur Emanzipation bisher politisch wirksam geworden ist, den gewerkschaftlichen. Sie bedarf der Anknüpfung an die noch lebendige Tradition der Arbeiterbewegung." (H.D.Müller: „Die Arbeitswelt kein Thema für die Presse?" in „Die Tabus der bundesdeutschen Presse", hgg. von Eckart Spoo, Hanser, München 1971.

1972 machten die Berliner Journalisten Mettke und Reisner einen beispielhaften Versuch, sich nicht nur verbal, sondern aktiv an die Seite der Arbeiter zu stellen. Sie veranstalteten eine Sammlung für die auf die Straße gesetzten Drucker der „Officina". Dafür wurden sie trotz großer Proteste aus der IG Druck und Papier ausgeschlossen.

Seit dem Sturz des Faschismus in Portugal am 25. April 1974 — vor allem bei den Tageszeitungen „República" und „A Capital" sowie bei dem Radiosender „Radio Renascença" — ist vorexerziert worden, wie Arbeiter mit Unterstützung fortschrittlicher Journalisten durch eine für uns kaum vorstellbare Vielfalt von Informationen und Auseinandersetzungen mit politischen Strömungen ein neues demokratisches Nachrichtenwesen aufbauten. Nach dem 25. November 1975 hat diese Entwicklung durch die Angriffe der Reaktion einen Rückschlag erlitten.

Dennoch müssen uns die portugiesischen Erfahrungen ein Ansporn sein, dieses Ziel anzusteuern. Das wird nur in dem Maße möglich sein, in dem wir unsere Vereinzelung aufgeben, Unterdrückungsmaßnahmen enthüllen, Gegeninformationen schaffen, uns an dem breiten Zusammenschluß aller betroffenen Kollegen beteiligen. (...) Deshalb diskutieren wir, wie wir stärker als bisher mit gleichgesinnten Kollegen auch in anderen Städten in Erfahrungsaustausch treten können, wie wir uns an überregionalen Aktivitäten der Kollegen (Drucker-Info) beteiligen können.

Presse und Fernsehen trichtern uns ein,
Polizeistaat und Lohnraub müßten sein
Leser, Journalisten, Drucker, Setzer
Kämpfen wir gegen die Volksverhetzer!"

Hamburger Journalisten-Info, Skt.-Anschar-Platz 4, 2000 Hamburg 36

„DIE ALTE NUTTE SPD"

BERLIN (LM/ID) 25. Februar

Im Zusammenhang der Berichte über die SPD und ihre teils liberalistische, teils repressive Politik (CSSR-Solidarität, siehe ID 113, und Juso—Parteiausschlüsse in Sachen Portugal, siehe ID 114), die vor dem Hintergrund der Bundestagswahlen am 3. Oktober zu verstehen sind, veröffentlichen wir einen Brief von Ernst Knapp, der für die Bildung einer linken Partei unter dem Arbeitstitel USP gleich „Unabhängige Sozialistische Partei" — in Anklang an die USPD der frühen zwanziger Jahre — plädiert. Wir entnehmen den Brief dem „Langen Marsch" Nr. 20.

Erich Knapp war zweiter Botschaftssekretär an der Botschaft der BRD in Ägypten. Er hatte im Februar 1975 in einem kritisch-polemischen Brief an den sozialdemokratischen Kanzler Helmut Schmidt zu dessen „Bericht zur Lage der Nation" Stellung genommen. Dieser Brief wurde vom Extra-Dienst Nr. 24 am 21.3.75 veröffentlicht. Wegen dieses Briefes wurde er offensichtlich entlassen. Offiziell mußte ein ausreichender Kündigungsgrund gefunden werden. Selbst dem „Spiegel" scheinen die „nachgeschobenen Kündigungsgründe" — Knapp hätte dem Extra-Dienst geheime Papiere zu Portugal (ED 11.3.75) zugespielt — „fraglich". (Spiegel, Nr. 53 vom 29.12.75). Erich Knapp klagt seither vergeblich um seine Wiedereinstellung.

Erich Knapp hat in einem Brief auf den Artikel von Jochen Steffen im „das da" zur Gründung einer sozialistischen Partei geantwortet. Diesen Brief hat er den Initiatoren der Diskussionsveranstaltung, die durch die bürgerliche Presse als halbe Parteigründungsveranstaltung geisterte, zur Kenntnis gegeben.

„Erich Knapp

Herrn Jochen Steffen
c/o Redaktion „das da"
2000 Hamburg

"Werter Genosse Steffen,

Dein Artikel „Kommt die vierte Partei:" im Januar — „das da" wendet sich offenkundig an Rudi Dutschke und seinen Kreis. Bei uns ist man bekanntlich verpflichtet, für das andernorts Selbstverständliche zu danken : dafür, daß Du Dutschke nicht mit der „Kriminalisierung" bedrohst, falls er eine USP (Arbeitstitel) gründet — wie es der PV der SPD im Gespräch mit Dutschke getan haben soll: Also: westdeutschen Dank!

Du beschränkst dich auf die Altmännerfrage, ob diese USP ein anderes Konzept als die bestehenden Linksparteien habe. Das kann nur Dutschke beantworten. Aber hinter Deiner Skepsis steht unausgesprochen die Meinung ; wenn es nichts besseres gibt, soll man bei der SPD bleiben. Ich meine: selbst wenn es kein funkelnagelneues Konzept gibt, kann man die alte Nutte SPD nicht mehr wählen.

Für die Gründung einer USP spricht bereits und allein die endgültige Unglaubwürdigkeit der SPD. Sechzig Jahre Verrat kulminieren heute bei Schmidt: Gewährung der Kriegskredite 1914, Ermordung der Nichtleninisten Luxemburg etc., auch von USPD-Genossen 1918/19, vornehmer Abtritt der Regierung Braun-Severing (Ihr weicht immer der Gewalt und sei sie noch so winzig, Ihr Weichmänner), Stillhaltebefehl ans Reichsbanner und die preussische Polizei, Emigration 33 (d.h. die kleinen Genossen überließ man der SA). Und nach 45? Da greife ich nur die noskistische NSPD Hamburgs heraus (das N steht für noskistisch!): Naziverbrecher nicht bestrafen, dafür in der „Glocke" kleine Kriminelle hernehmen, dafür der erste Radikalenerlaß in der BRD, dafür Berufsverbote für städtische Friedhofsgärtner, dafür die perfekteste Wahrnehmung der Kapitalinteressen.

Die SPD, das kleinere Übel? Wieder einmal Kröten schlucken, verweste Hunde fressen, damit die Schwarzen nicht drankommen? Der SPD mit Stimmzetteln danken, damit die CDU/CSU nicht auch noch rechte Sozialdemokraten aus dem Staatsdienst entläßt? Denn die linken entläßt ja bekanntlich schon die SPD. Erweist Euch doch selbst Solidarität! Rettet Euch doch selber! Wenn Ihr rausgeflogen seid, seid Ihr vielleicht fähig, dazuzulernen.

Lernfragen: Wer hält denn die Gewerkschaften am kurzen Zügel, bis Arbeitern und Angestellten das Konsumentengeld zur Konjunkturanheizung ausgeht? Wer sorgt damit für „wilde" Streiks? Wer hält die BRD um eine ganze innenpolitische Periode hinter dem in Lateineuropa oder Holland erreichten Stand zurück? Wer verhindert denn die Bildung einer westeuropäischen föderierten SP? Wer interveniert denn in Lateineuropa, wer pumpt Geld wohin, wer öffnet dem CIA Einfluß?

Nicht umsonst verläßt Mitterand den Raum, wenn Schmidt hereinkommt. Wer hält denn in der „3." Welt den Mulitis und dem CIA die Hintertüren offen? Das weißt Du als SPD-Präside genau. Was tut die SPD für den Sturz der Rassisten in Südafrika? Nichts! Um des Rands und Oppenheimers Willen arbeitet sie an der Ablösung der „Heydrichs" durch die „gemäßigteren" „Görings".

Wer soll die Moneten in die Bundeskasse bringen, wenn man aus Inflationsangst die innere Konjunktur nicht anheizen will? Na, die Auslandsnachfrage! Sollen die doch inflationieren und unsere zurückgeschickten Gastarbeiter über Wasser halten. Unruhen? Für was hat man die Folterspezialisten der CIA und die Pionchets der Nato. Die „Reformen" der SPD sind in ihrem humanisierenden Stellenwert für jede Mutter und jeden Vater erkennbar: noch nie war in deutschen Schulen der Streß so grausam, noch nie wurden Kinder in Deutschland seelisch so verstümmelt, so brutal zurechtdressiert für den Produktionsprozeß, wie seit den Schulreformen durch Kultusminister der SPD. Besser sollte es werden, auf jedem Gebiet. Schlimmer ist es geworden, unmenschlicher!

Welche Rolle meßt Ihr prominenten Linken in der SPD Euch eigentlich zu? Ihr kuscht, seit Schmidt an der Spitze schnauzen kann nach Belieben. Bald dürft Ihr wieder nach links hüsteln, damit Ihr zwei Wählerprozente an die SPD bindet. Die braucht die SPD schließlich ebenfalls für die Machterhaltung. Wenn Ihr mehr wärt als Handlungsreisende in linker Aufklärungsware mit Fixum und gelegentlicher Provision, hättet Ihr „nicht so pingelig" Schmidt mit der Drohung von Stimmenthaltungen längst zur Raison gebracht. Siehe Mitbestimmungsgesetz. Eure Langzeitstrategie scheint zu heißen „Schmidt überstehen ist alles!" Aber der Geheimsozialismus hat keine Werbekraft. Er gehört in die Klause der Pseudoreligiosität.

Nichts gegen Reformen. Alles gegen Reformgeschwätz und die Modernisierung der alten Unmenschlichkeiten. Nichts gegen Macht. Alles gegen Macht um ihrer selbst willen.

Die USP hätte schon eine Daseinsberechtigung, wenn sie ehrlich das Programm der SPD vor 1914 hätte. Dann die SPD Schmidts liegt nicht einmal auf dem Niveau Lasalles. Eine USP wäre schon gerechtfertigt, wenn sie die Gewerkschaften nicht an ihrer ureigenen Aufgabe im Kapitalismus hindert: am Kampf um den Kuchen, an der Belebung der Volkswirtschaft; wenn sie diesen Kampf politisch abdeckt und transzendiert zum demokratischen Sozialismus hin; wenn sie internationale Solidarität praktiziert durch die Bildung einer westeuropäischen föderierten SP.

Eine USP bräucht keinen kostspieligen Apparat, wird das Übel der Parteibonzen nicht wollen. Parteiegoismus, große Fraktionen, Ministerposten: das kann man der SPD überlassen. Eine Enzym-Partei ist auf Wirkung aus. Denke mal an die nächste Bundestagswahl. Eine USP kann der SPD doch zwei Prozent von links abknöpfen, was meinst Du? Dann seid Ihr wieder Opposition. Dann deuten Eure Rechten auf Euch Parteilinke: die sind schuld! Doch gemach, die Rechten werden nicht lange kämpfen, sondern austreten, und woanders kämpfen: dort, wo es bessere Aufstiegschancen gibt, wo Beamtenposten vergeben werden. Alles in allem, ist nicht die CDU/CSU das größere Übel, sondern die SPD. Während die SPD alles konserviert, will die CDU alles konservieren und wird doch, an der Regierung alles zum Entwickeln bringen. Das meint ja auch Brandt mit dem Slogan vom „Sicherheitsrisiko", meinte Kühn mit dem „Die CDU wird die BRD unregierbar machen". Eben, eben! Gebt der CDU eine Chance und Ihr gebt dem Steffen eine Chance! Steffen und die seinen können nur zulernen und zunehmen, wenn sie aus dem Gefängnis des mit Staatsmitteln lockenden und erpressenden Parteiapparats hinausgesprengt werden. Aber wer Schmidt an der Macht hält, macht die BRD alternativlos. In einer ernsten Krise stünde die Alternative nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes.

Lieber Genosse Steffen, ich verstehe Deine Lage. Wir alle sind gezeichnet von der Panik, die die Massenverbrechen des Stalinismus erzeugt haben. Westlich der BRD macht man sich von dem frei, was falsch und übertrieben war an dieser furchbaren Lehre. Eine Lehre sollte man u.a. nicht vergessen: daß Stalins verbrecherischste Helfer ehemalige Menschewiken waren. Merke: der Parteibonze ist potentiell Stalinist. Längst bevor das Sein das Bewußtsein bestimmt, bestimmt es das Verhalten! Deshalb ist der rechte Flügel der SPD, dieser existenziell — charakterlich an der Macht klebende bürokratische und Funktionärsflügel die größte Gefahr für unsere bürgerlich-liberalen Freiheiten und für eine Zukunft des Sozialismus mit menschlichem Antlitz.

„Also: Pfeift mal vor!" schreibst Du und hast damit selbst gepfiffen. Sollen wir jetzt auf Dich pfeifen? In dieser Partei bist Du nicht zu retten, kannst Du nichts retten.

Dashalb werde ich Dutschke und seine Freunde bitten, sehr bald und für die Bundestagswahl eine „vierte" Partei zu gründen.

Mit freundlichen Grüßen

Erich Knapp"

STREIKVERBOT WÄHREND DER TARIFVERHANDLUNGEN

RUNDBRIEF DER OPEL-WERKE

BOCHUM (ID) 2. März

„Information für unsere Vorgesetzten zur Weitergabe an ihre Mitarbeiter:

Wir halten es für unsere Pflicht, unsere Werksangehörigen, insbesondere unsere ausländischen Mitarbeiter, über die derzeitige Situation aufzuklären:

Die Gewerkschaft hat die Lohn- und Gehaltstarife zum 31. Dezember 1975 gekündigt, Zwischen dem Arbeitgeberverband und der Gewerkschaft finden Verhandlungen zum Abschluß neuer Tarifverträge statt.

Solange verhandelt wird, sind Arbeitsniederlegungen ungesetzlich. Wer dennoch solchen Aufrufen Folge leistet, die Arbeit niederlegt, sich an Streiks oder Demonstrationen beteiligt, bricht seinen Arbeitsvertrag und kann fristlos entlassen werden. Außerdem kann er u.U. für den streikbedingten Schaden haftbar gemacht werden. Er verliert darüberhinaus jeden Anspruch auf Lohn- und Gehaltszahlung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung.

Folgen Sie daher nicht diesen Aufrufen, die Sie nur zu ungesetzlichem Handeln verleiten.

In Zweifelsfragen wenden Sie sich an Ihre betrieblichen Vorgesetzten oder die Personalabteilung.

Bochum, den 23. Februar 1976

Adam Opel
Aktiengesellschaft
Werk Bochum"

BETRIEBSSICHERHEIT ÜBER ALLES ...

FRANKFURT (ID) 4. März

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (Vorsitzender: Otto Wolf von Amerongen) macht sich Sorgen um die Betriebssicherheit. Er bildete eine „Koordinierungsstelle für Sicherheit im Betrieb", die unter der Leitung von Hans Jürgen Kraaz sich um „Kontrolle und Verhütung" kümmern soll. Dabei soll eng mit dem Werksschutz zusammengearbeitet werden. Arbeitsbereiche der Koordinierungsstelle sind Werksspionage und — was wohl das Hauptgewicht sein dürfte — die Abwehr von Linksextremisten und „politischem Terrorismus", der, so wird es begründet, im Betrieb „schon großen Schaden angerichtet hat".

Im August 1975 hatte das Manager Magazin schon deutlich genug gesagt: „Kidnapper, Bombeleger, Extremisten und Spione fordern von den deutschen Unternehmen permantent Hochleistungen. Doch die meisten Organisationen sind allenfalls für den Routinedienst an Pförtnerloge und Werkzaun gerüstet. Experten fordern deshalb: An die Spitze der Werkschutzeinheiten gehören Strategen, die auch integrierte Sicherheitssysteme planen können".

Diese Strategen sollen mit Hilfe des ehemligen Majors Kraaz nun verstärkt zum Einsatz kommen. Es gibt sie natürlich schon in vielen Betrieben. Norbert Hammacher, Leiter der Abteilung Sicherheit bei der Mannesmann AG z.B. berichtet dem Manager Magazin, daß er durch die „ständige Analyse aller roten Betriebszeitungen und Flugblätter auf spontane Arbeitsniederlegungen

und Demonstrationen immer gut vorbereitet ist und bereits im Vorfeld aktiv werden kann." Counterinsurgency fängt schon auf Betriebsebene an; und wenn das nicht reicht, ist bekannt, daß die Betriebsstrategen ihre Werkschutztruppen auch bewaffnen.

Daß für das Kapital „Kontrolle und Verhütung" von spontanen Streiks, von politischer Organisierung und vom Kampf der Arbeiter generell immer wichtiger wird, zeigen auch die „Vorsorge"-Ermittlungen der Kriminalpolizei bei Streiks in Baden-Württemberg.

Hinzu kommen noch ungezählte private Schnüffel- und Sicherheitsfirmen, die sich und ihre Dienste dem Management zur Verfügung stellen. Über die Detektei "Intertect" berichteten wir bereits im ID 109.

REPRESSIONEN BEI KAST/EHINGER (BASF)

STUTTGART (ID) 3. März

Die Ursache des Streiks war die Einführung eines neuen Lohnsystems, das zu Lohnverschlechterungen führte (s. ID 114). Letzten Freitag kam es zu einer betriebsinternen Einigung zwischen Streikenden und Betriebsleitung: Das Management bewilligte –,50 DM Lohnerhöhung, was einer realen Lohnerhöhung von –,22 DM entspricht.

Der Streik wurde hauptsächlich von 350 Griechen getragen, die deutschen Arbeitnehmer beteiligten sich nur zum geringen Teil, der Großteil der Deutschen verhielt sich stark unsolidarisch. Inzwischen ist das Management des Druckfarbenwerkes zum Gegenangriff übergegangen:

Gedroht wird mit der Verlagerung der Produktion ins Ausland, also mit der Stillegung des Betriebes; der Betriebsrat steht unter erheblichem Druck durch die Betriebsleitung; unter vorgeschobenen Gründen sollen zur Disziplinierung der Belegschaft 24 Arbeiter entlassen, also ausgesperrt werden. Die betroffenen Arbeiter sind unter diesen Umständen auf Hilfe von außen angewiesen.

Solidaritätsveranstaltung: Montag, den 8.3. um 20 Uhr in Feuerbach in der Lutherkirche. Man hört Informationen zu Streik und Aussperrung. Solidaritätsfond: Pfarrer Wertenberg, Feuerbacher Volksbank, Konto 5658136.

*

KÖLN (ID/KVB) 3. März

Das F&G Werk in Köln soll stillgelegt werden, was zur Arbeitslosigkeit von 400 Beschäftigten führen wird. Gegen diese Stillegung organisierte die Stadtteilgruppe „Bürgerwehr" eine Bürgerversammlung in Köln-Nippes.

Im Knüppelwalzwerk in Mühlheim sollen im Juli 300 Beschäftigte entlassen werden.

WYHL: HERZOG FILBINGERS POKERFACE

FREIBURG (ID) 4. März

Das "Offenburger Papier" sollte pünktlich vor der Landtagswahl aller Welt zeigen, wie elegant die CDU-Regierung Konflikte lösen kann. Vor den anstehenden Wyhl-Prozessen hatte Filbinger sowieso Angst – also bietet er Amnestie für strafrechtliche, zivilrechtliche und beamtenrechtliche Verfolgung an. Vor den Bundestagswahlen kann er keine neue Kraftprobe eingehen – also bietet er Baustop bis 1. November 76 an. Im übrigen wollte er von den Bürgerinitiativen auf einen Schlag haben, was die überhaupt zu vergeben haben. Die Bürgerinitiativen sollen den Platz räumen. Sie sollen versprechen, nie wieder "gesetzwidrig" zu handeln und auch aktiv dafür einzutreten. Sie sollen sich einer Entscheidung für den Bau des KKW's unterwerfen, wenn die Landesregierung " die Bedenken ausgeräumt s i e h t". So etwa das Offenburger-Papier, ausgehandelt zwischen Landesregierung, Kernkraftwerk Süd GmbH (KWS) , und einer Bürgerinitiativ–Verhandlungskommission, die den Profis in den Täuschungsmanövern, genannt Verhandlung, selbstverständlich haushoch unterlegen ist.

Erster Rückschlag: die Großkundgebung am 22. Februar in Wyhl, bei der über 10 000 Leute im naß-kalten Wetter klar machten, daß sie diesen Kompromiß nicht mögen.

Zweiter Rückschlag: die Abstimmung der 45 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen am 27. Februar über das Papier. Acht Gruppen waren voll dagegen, drei Gruppen voll dafür und 34 stimmten für die Formel "Ja, aber....", die einer Ablehnung gleich kommt. Denn in dem "aber" stecken drei entscheidende Korrekturen:

1. Die Bürgerinitiativen wollen weiter Gutachten vorbringen.
2. Gebaut werden darf erst, wenn die Bedenken der Bevölkerung ausgeräumt s i n d. Auf die Optik der Regierung mag sich niemand verlassen.
3. Der Passus mit der "Gesetzwidrigkeit" fällt, statt dessen soll geklärt werden, daß weiterhin Konflikte "wie bisher" (!) auf dem Boden des Rechts ausgetragen werden.

Großes Geschrei in Stuttgart. Die CDU – in der Frage der Polenverträge ganz anderer Ansicht – meint, ein ausgehandeltes Papier dürfe nicht weiter zur Debatte stehen. Einige Journalisten in Stuttgart und München glänzen mit Berichten und Kommentaren, in denen festgestellt wird, wie undankbar und unverschämt diese Kaiserstühler Kinder sind. Jetzt, wo der Herr Ministerpräsident so nett war, kann man doch nicht immer weiter meckern und aufsässig sein. Die in Freiburg erscheinende Badische Zeitung ist bisher bemerkenswert objektiv. Dann drückt am 2. März die KWS aus, was vorher schon Herr Abs verkündet hat: Die Industrie will das Atomkraftwerk in Wyhl, nicht wegen Wyhl, sondern wegen des Präzedenzfalles. Das Kapital, an der Spitze die Deutsche Bank, fürchtet die Ermutigung, die von Wyhl aus nach Brokdorf(ID 114) , ins Münsterland, an die Weser usw. ausstrahlen könnte.

Am 4. März schließlich, kurz vor Redaktionsschluß des ID, erklärt sich Herzog Filbinger in einer Pressekonferenz. Die Landesregierung bedauere. Der Verhandlungsspielraum sei ausgeschöpft. Die Formulierungen der Bürgerinitiativen seien "rechtsstaatlich nicht vertretbar". Es dürfe sich doch niemand ernstlich auf ein Widerstandsrecht berufen. Und schließlich – ganz Landesvater – so schlecht sei das Offenburger-Papier doch gar nicht, die Kaiserstühler sollten es annehmen. So etwa der letzte Stand im Wyhl-Poker.

Am Kaiserstuhl gibt es ganz sicher einige Leute, die erstmal die Nase von Wyhl voll haben. Auch gibt es einige, die gern ihre zivilrechtlichen Schadensersatzklagen weg hätten. Insofern wäre die Pause bis zum 1. November verlockend, obendrein verbunden mit Amnestie. Zudem glaubt fast niemand mehr, daß das KKW in Wyhl gebaut werden kann, Offenburger Papier hin, Offenburger-Papier her.

Andererseits kommt jetzt wieder der Frühling, auf dem Platz könnte es wieder wohnlicher werden. Viele Leute meinen, sie hätten es nicht nötig, irgendwelche verlogenen Paragraphen zu unterschreiben. Ob die Bürgerinitiativen weiter pokern können, hängt davon ab, ob sie eine Spaltung verhindern. Mit einem Full-Freundschafts-House werden sie immer die besseren Karten haben.

WIE GUT DAS „WEGGUCKEN" BEI ÜBERGRIFFEN IST

FRANKFURT (ID) 2. März

Wenn Polizeibeamte z.B. während Demonstrationen gegen Teilnehmer vorgehen, sie prügeln oder anderswie foltern und sich mit Tritten und Schlägen während des Gefangenentransports abreagieren, kommt ihnen das meist billig zu stehen, weil häufig Zeugen für die Mißhandlungen fehlen. Zwar sind meist andere Beamte dabei, aber die haben, wenn es zur Aussage vor Gericht kommt, immer „gerade weggeguckt" – und solches Verhalten ist gut, gar vorbildlich, wie unlängst bei einem Lehrgang für Referendare aus dem Munde eines Staatsanwalts zu vernehmen war. Der folgende Bericht wurde zuerst im Info Nr. 1/76 des Arbeitskreises der Rechtsreferendare in der ÖTV abgedruckt:

„Staatsanwalt Weiss-Bollandt, StA beim Landgericht Hanau, war einer der Sonderstaatsanwälte, die nach Frankfurt abgestellt waren, für die Ermittlungen im Anschluß an die Auseinandersetzungen um Fahrpreiserhöhungen des FVV.

In der ersten Juniwoche hielt er 1975 den Einführungslehrgang für Referendare in der Strafrechtsstation. Am Dienstag, dem 3.6. machte er zum Problem polizeilicher „Übergriffe" gegen Demonstranten folgende Ausführungen:

„Demonstranten beschuldigen Polizeibeamte immer wieder verschiedenster Übergriffe. Ich bin überzeugt, daß ein Großteil dieser Beschuldigungen zutrifft.

Aber nachweisbar sind solche Übergriffe so gut wie nie, weil Polizeibeamte sich durch entlastende Aussagen in der Regel wechselseitig decken. Zum Beispiel glaube ich dem Demonstranten, der behauptet, der Polizeibeamte habe, um ihm Schmezen zuzufügen, die Knebelkette am Handgelenk unnötig straff zugezerrt, durchaus, aber nachweisbar ist nichts, weil die anderen Polizeibeamten bei solchen Anlässen immer gerade „weggeguckt" haben.

Und das ist auch gut so! (Darauf Gemurmel bei den Referendaren.)

Ich weiß, ich weiß, Sie haben Rechtsstaatsbedenken. Aber Sie müssen folgendes bedenken: diese wechselseitige Deckung von Polizeibeamten ist unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren einer Polizei, wie wir sie brauchen. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Vor einiger Zeit war ich dienstlich im Einsatz bei einem Explosionsunglück in .... Ich habe dabei mit Bewunderung beobachtet, wie Feuerwehrleute unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens den Brand bekämpften. Genau diese Männer, die sich so mutig verhalten, sind es aber, die beim nächsten Feuerwehrfest die Kneipen zusammenschlagen. Damit will ich sagen: mit einem mutigen zu offensivem Einsatz bereiten Charakter geht stets einher die Disposition zu unbeherrschtem „Draufschlagen, auch da, wo es nicht angebracht ist. Am Beispiel von Polizeibeamten erklärt: Vor einiger Zeit war, das haben Sie vilelleicht in der Zeitung gelesen, ein Überfall auf den Großmarkt .... Ich kann nicht verlangen und

begrüßen, daß sich Polizeibeamte hier mannhaft mit der Maschinenpistole einsetzen, ohne dem gleichen Polizisten auch zuzugestehen, anderswo einmal über die Stränge zu schlagen. Ich kann nicht von ein und demselben Charakter einen selbstvergessenen Einsatz hier und kühle Zurückhaltung da verlangen, wenn ich den Polizisten bejahe, der nach vorne rennt, um sich mit Linksradikalen zu prügeln unter Einsatz seiner Gesundheit, dann muß ich diesem Charkter auch zugestehen, hierbei einmal zu weit zu gehen.

Weil das aber so ist, daß ich das den Beamten einfach nicht verübeln kann, dann finde ich es auch aufrichtig, wenn Polizeibeamte sich durch ihre Aussagen auch wechselseitig decken. Sie müssen verstehen, daß die Kameradschaft, die hierin zum Ausdruck kommt, einfach notwendig ist, wenn wir nicht das Funktionieren von Verbänden wie der Polizei oder auch der Bundeswehr, wo sich das Problem ähnlich stellt, in Frage stellen wollen.

Wo kämen wir denn hin, wenn ein Polizist sich nicht mehr auf diese Kameradschaft seiner Kollegen verlassen könnte, wenn er sich nicht mehr darauf verlassen könnte, daß sein Kamerad zu ihm hält und ihn notfalls auch deckt."

POLIZEI BEIM IRLANDKOMITEE

OBERURSEL (ID)
4. März

Das Westdeutsche Irland Solidaritätskomitee (WISK) wurde am Rosenmontag wieder von der Polizei heimgesucht. In drei Wohnungen von WISK-Mitgliedern wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt, zwei wurden verhaftet, einer der Genossen wurde in Untersuchungshaft behalten.

Im Mai 1975 bei einer ähnlichen Aktion hatte die Staatsanwaltschaft den "Verdacht auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" zum Vorwand genommen, jetzt wurden die Durchsuchungsbefehle durch "Verdacht des Betrugs" begründet. Haftbefehle lagen nicht vor.

Da die Ermittlung nach der Aktion im letzten Jahr bisher nichts ergeben hat, hat sich jetzt herausgestellt, daß die politische Abteilung das Betrugsdezernat eingeschaltet hat. Dieses beschlagnahmte etwa 350 Bücher und eine elektrische Schreibmaschine, dazu einige Broschüren. In einer anderen Wohnung wurde Material aus einem Irland-Archiv beschlagnahmt. Außerdem wurde die offizielle Postadresse des WISK überwacht, die Post vom 1.3. wurde beschlagnahmt.

Dazu das WISK: "Wir machen natürlich so gut es geht weiter. Spendet auf das Postscheckkonto Internees Release Association, 29101 - 604 Frankfurt."

VORBEREITUNG DES LOYALISTISCHEN PUTSCHES

Wie das Westdeutsche Irland Solidaritätskomitee meldet, ist die Zuspitzung der Entwicklung in Irland durch einen unmittelbar blutigen Putsch loyalistischer Reaktionäre gegen alle Teile der katholischen Bevölkerung im Norden gekennzeichnet. (Bericht folgt)

STRAFANZEIGE GEGEN ANONYME SCHNÜFFLER

ZWEIBRÜCKEN/BERLIN (ID)
2. März

Während des Umschlusses von Manfred Grashof, Wolfgang Grundmann und Klaus Jünschke im Sprechraum der Strafanstalt Zweibrücken entdeckte einer der Gefangenen im Lautsprecher des Raumes den Hinweis auf eine funktionierende Abhöranlage. Auf Drängen der Gefangenen wurde ihnen ein „verbotener" Nebenraum gezeigt, in dem sich Abhörvorrichtungen befinden. Der Berliner Rechtsanwalt Henning Spangenberg, Pflichtverteidiger von Manfred Grashof, hat Strafanzeige gegen die unbekannten Schnüffler („Bedienstete des Landes Rheinland-Pfalz oder der Bundesrepublik Deutschland") erstattet.

Bei dem abhörbaren Raum handelt es sich um den Sprechraum der JVA Zweibrücken, in dem ständig die Verteidigerbesprechungen Spangenbergs mit Grashof sowie Besprechungen der Rechtsanwälte Golzem aus Frankfurt und Köncke aus Hamburg mit den Gefangenen Grundmann und Jünschke stattfinden. Noch am 8. Januar 1976 hatte der Leiter der Anstalt, Greus, den Mitgliedern der 4. Großen Strafkammer des Landgerichts Kaiserslautern bei einer Besichtigung bestätigt, daß dieser Raum ausschließlich den drei Gefangenen für Anwaltsbesprechungen oder Umschluß zur Verfügung stehe, sowie dem Untersuchungsgefangenen Lutz Taufer für Anwaltsbesprechungen, der angeklagt ist, an der Besetzung der bundesrepublikanischen Botschaft in Stockholm teilgenommen zu haben.

In dem Sprechraum befindet sich der Lautsprecher einer Gegensprechanlage. Den Gefangenen ist wiederholt versichert worden, daß die Anlage außer Betrieb sei. Als einer der Gefangenen während des Umschlusses am 1. Februar im Sprechraum am Lautsprecher der Anlage herumspielte, ertönte aus einem benachbarten Raum ein Summton. Kurz darauf kam einer der Bewacher der Gefangenen, der Vollzugsbedienstete Heine hinzu und fragte, ob irgendetwas nicht in Ordnung sei. Die drei Gefangenen und Heine gingen in den Flur, um den Summton zu lokalisieren: er kam aus einer benachbarten Zelle, an deren Tür die Warnung „Nicht betreten!" zu lesen ist. Zwar weigerte sich Heine, die Tür zu öffnen, doch gelang den Gefangenen, Heine davon zu überzeugen, daß sie ein berechtigtes Interesse hätten zu überprüfen, wieso die Spielerei am Lautsprecher einen Summton in der Nachbarzelle erzeuge. Als Heine die Tür öffnete, kam eine Zelle zum Vorschein, die mit Abruf-, Gegensprech- und Lichtsignalinstallation in einer Konsole versehen war. Auf dem Tisch stand ein Aschenbecher, vor dem Tisch zwei Stühle.

Am nächsten Tag kam der Inspektor für Sicherheit und Ordnung der Zweibrücker Anstalt zu den Gefangenen und erwähnte, daß das Öffnen der Zelle durch Heine vorschriftswidrig gewesen sei. DAnn ließ er den Lautsprecher der Gegensprechanlage im Sprechraum sogleich entfernen. Rechtsanwalt Spangenberg in der Begründung seiner Strafanzeige: „Wegen des beschriebenen Sachverhalts sind Ermittlungen zu führen. Es erscheint nicht angezeigt, Beamte mit den Ermittlungen zu betrauen, die wegen dieses Sachverhalts in den Verdacht strafbaren Verhaltens kommen könnten." Vermutlich haben die Schnüffler jedoch bereits vertuscht, was zu vertuschen war.

NACHTRAG ZUM KÖLNER ROSENMONTAGSZUG

KÖLN (ID)
4. März

Der Kölner Rosenmontagszug verlief nicht ganz so reibungslos, wie die Karnevalsbonzen sich das vorgestellt hatten. Obwohl ein Riesenheer von zivilen und uniformierten Polizisten zur Verteidigung der beiden beleidigenden Wagen (s.ID 111) eingesetzt worden war, wurden die Wagen den ganzen Weg entlang mit Farbbeuteln, faulen Tomaten etc. beworfen und ausgebuht. Acht Leute wurden z.T. willkürlich festgenommen. Während der WDR die Wagen ganz aus der Fernsehübertragung herausschnitt, taten sich die Kölner Zeitungen schwer

damit, den Protest in Beifall umzuwandeln. Die Kölnische Rundschau vom 2. März schreibt: "Man kann nicht Augen genug haben, um den Bierdosen, Flaschen, Eiern, Stinkbomben, mit Wasser gefüllten Luftballons und Karamellen auszuweichen, mit denen immer wieder von kleinen Grüppchen Jugendlicher der Wagen bombadiert wird."

"WIR BLEIBEN DRIN, BIS WIR ERSATZ HABEN"

FREIBURG (ID) 26. Februar Seit drei Jahren gibt es in Freiburg zwei besetzte Häuser, Belfortstr. 34 und 36. Sie sollen Anfang März abgerissen werden. (ID 112) Deswegen haben die Bewohner der beiden Häuser folgenden offenen Brief verfaßt. Er wurde an den Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Dr. Keidel, an den Baudezernenten, an das Städtische Liegenschaftsamt, Amt f. Wohnungswesen, an die Haus- und Grundstücks GmbH, HH. [illegible]ankowski (die Besitzer) und an die Badische Zeitung Freiburg geschickt:

„Wir sollen gehen — weil unser Vermieter, die Haus- und Grundstücks GmbH,die Häuser Belfortstr. 34 und 36 abreißen will, um an dieser Stelle profitable Einzimmer-Appartments zu bauen.

Wir haben uns bereiterklärt, zum 29. Februar 1976 zu gehen und in diesem Sinn vor Gericht einen Vergleich geschlossen. Vor einem Gericht, für das feststand, daß das „wirtschaftliche Interesse der GmbH höher zu bewerten ist als das Interesse der Bewohner," (Richter Lauven im Oktober 75) und dessen Kosten wir uns nicht mehr leisten konnten (7500 DM für die nächste Runde).

Wir würden auch gehen, weil der Druck für uns immer stärker wird und unser Gegendruck vergleichsweise nur schwach sein kann. Wir bilden uns nicht ein, unsere Häuser gegen Grundbesitz und Polizei verteidigen zu können.

Wir können aber nicht gehen. Wir bemühen uns seit Monaten auf dem „freien" Wohnungsmarkt ein Haus zu finden, in dem wir (25 Leute, in der Mehrzahl berufstätig) weiter zusammen leben können und weiterhin gemeinsame Handlungsmöglichkeiten haben. Das städtische Amt für Wohnungswesen, an das wir uns „vertrauensvoll" gewandt haben, (so hatte es uns OB Kreidel in einem Brief geraten, falls wir irgendwelche Probleme hätten) sagte ganz offen, daß es aussichtslos sei, für uns gemeinsamen Wohnraum zu finden und verweist uns über das Sozialamt an das Obdachlosenasyl, wo uns übergangsweise eine Baracke zur Verfügung gestellt wird. Im Gegensatz dazu war zu erreichen, daß das Städtische Liegenschaftsamt bereit ist, seine Möglichkeiten zu überprüfen. Jedoch — es kann Monate dauern.

Und wir wollen auch nicht mehr gehen. Weil wir, spätestens seit wir nach einem Ersatz für unsere Häuser suchen, wissen, daß es in Freiburg etwa ein Dutzend leerstehende Häuser gibt (zum Teil seit Jahren leer, wovon einige vom Staatlichen Liegenschaftsamt verwaltet werden) in denen wir wohnen könnten. Auf unsere Angebote selbst für einen befristeten Mietvertrag, wobei wir bereit wären, notwendige Renovierungsarbeiten zu übernehmen, ist nirgendwo eine positive Antwort zu bekommen.

Wir meinen: Unser Recht zusammen zu wohnen ist mehr wert als das Recht der Hausbesitzer ihre Häuser leerstehen und verrotten zu lassen. Deshalb bleiben wir drin und zwar so lange, bis wir Ersatz haben."

Die Belfortsträßler

„AKTIONSEINHEIT" GEGEN DEN § 218: WER STÖRT, KRIEGT EINS DRAUF

FREIBURG (ID) 25. Februar Am Samstag, den 21.2.76, fand in Freiburg eine Demonstration gegen „den neuen" § 218 statt. Sie war als Aktionseinheit aller gegen den § 218 kämpfenden Gruppen gedacht. (§ 218-Gruppe als Mitglied der „Aktion 218", Komitee für die ersatzlose Streichung des § 218, Frauengruppe Freiburg, GIM, LHV, Fachbereichsgruppe Medizin, KHG, KBW)

Sämtliche Beteiligten einigten sich bei den Aktionseinheitsverhandlungen auf folgende Punkte:

— zwei Parolen als Basis der Aktionseinheit: „Weg mit dem § 218" „Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes". (d.h. normalerweise, daß diese beiden Parolen am Anfang des Zuges getragen werden, auf keinen Fall jedoch eine nicht von allen akzeptierte Parole. Von seiten der Frauengruppe war klargestellt worden, daß eine Aktionseinheit unter der Parole „Volksentscheid" untragbar sei.)
— auf gegenseitige Polemik sollte verzichtet werden.
— es wurde nicht festgelegt, welche Gruppe den Anfang des Demonstrationszuges bildet.

Bei der Demo sah es aber dann so aus, daß Komitee/KBW sich sofort und „selbstverständlich" mit der Parole„Volksentscheid" in breiter Front (pro Person ein Buchstabe) an die Spitze des Zuges setzte. Schon dadurch mußte optisch der Eindruck entstehen, daß dies eine KBW-Demonstration sei. Daß dieser Eindruck aber auch nicht zufällig, sondern das Ziel eines abgekarteten Arrangements war, wurde uns klar, als wir am Ende des Zuges einen weiteren „Volksentscheid"-Blick bemerkten, und uns also eingekreist sahen. Solche Mißachtung der Abmachungen und die Auffassung von Aktionseinheit, die dahintersteht, versetzte uns in eine ziemliche Wut.

Bei einer Wende des Zuges gegen Ende der Demonstration waren wir der Meinung, daß der Selbstdarstellung des KBW nun wohl Genüge getan sei, und einige Frauen scherten aus und gingen an der Spitze des Zuges weiter. Nach kurzer Verblüffung schritten die KBWler ein: sie setzten einen Spurt an, um die Reihen der Frauen zu überholen, drängelten sie ins Abseits und versuchten, ihnen das Megaphon und das Transparent wegzureißen. Es setzte Tritte und Gerempel: die Frauen sollten gefälligst dorthin gehen, wo sie hingehörten, nämlich nach hinten. Schließlich gelang es den KBWlern, sich sich die „Spitze der Bewegung" zurückzuerobern und den Zug mit der Volksentscheidsparole bis zum Kundgebungsplatz anzuführen.

Hier war die Story leider noch nicht zu Ende. Verständlicherweise kamen die Frauen dort sehr sauer an. So nutzten wir die Möglichkeit einer Grußadresse aus, um die bisherigen Ereignisse darzustellen. In diesem Moment fiel den KBWlern wohl wieder die Abmachung der Aktionseinheit — das „Polemikverbot" — ein, und die Vertreterin der Frauengruppe wurde mit Volksentscheidparolen niedergeschrieen. Dem Vertreter der GIM wurde schließlich, als er auf die Zwischenfälle eingehen wollte, zweimal das Mikrophon abgestellt.

In der gegenseitigen Beschimpfung ob solcher Entwicklung bekamen die Frauen klassisch-bornierte Beleidigungen ältester Schule zu hören:
— „Du bis ja ne Hure"
— „Ihr wollt doch alle nur vergewaltigt werden."
— „Frauen, die nicht die richtigen Forderungen vertreten, gehören auf den Müll"
— „Wenn ihr nicht gleich still seid, kriegt ihr eins aufs Maul."

Als dann KBW-Prominenz vor dem Mikrophon ihren Auftritt hatte, hatten wir genug und machten uns Luft mit der spontan umgedichteten Parole: „Frauen, Frauen, laßt euch nicht verhauen; Weg, weg, weg mit dem KBW".

Polemik? Aggression? Ja ! Wen wundert's ?

Einige KBWler drehtn sich drauhin wie auf Kommando um und prügelten endgültig los; erst blind in die Menge der Frauen und Abtrünnigen, dann — nach Gegenwehr — professionell: eine Frau wurde mit einem gezielten Handkantenschlag ins Gesicht geschlagen, ein anderer Demonstrant an den Haaren gezogen und auch dann noch mit Fäusten bearbeitet, als er bereits am Boden nach seiner Brille suchte.

In Freiburg ist es nicht das erste Mal, daß von seiten des KBW Meinungsverschiedenheiten in dieser Weise „schlagkräftig" und fanatisch „bereinigt" werden. Für uns ergibt sich daraus die Konsequenz, daß es völlig sinnlos ist, eine Aktionseinheit mit einer Organisation einzugehen, die sich einbildet, die „richtige Linie" gepachtet zu haben und daraus einen Führungsanspruch ableitet, den sie auch mit solchen Mitteln offenbar durchzusetzen entschlossen ist.

Frauengruppe Freiburg

ZUM "NEUEN" § 218: EIN LIED

DARMSTADT (ID) 3. März

Zum ersten Jahrestag des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Paragraphen 218 machten Frauen in der Darmstädter Innenstadt eine Gedächtnisaktion:

50 Frauen zogen sich schwarze Kleider an und schminkten sich die Gesichter mit weißer Clownschminke (lt. Passanten und Publikum ein erschreckendes, auffälliges und eindrucksvolles Bild).
Sie bildeten zwei und zwei einen Zug und zogen schwarzumränderte Schilder tragend, singend durch die Innenstadt.
Hier der Liedertext des selbstgemachten Trauermarsches nach der leicht abgewandelten Melodie die von Bella ciao:

Oh hört ihr Frauen, wir demonstrieren,
denn vor einem Jahr wurd es sonnenklar,
sechs hohe Richter entschieden ohne uns,
was mit uns geschehen soll;

Oh hört ihr Frauen, 218 wurde nicht
geändert in unserm Sinn,
sechs hohe Richter entschieden ohne uns,
was mit uns geschehen soll;

Oh hört ihr Frauen, wolln wir denn Kinder,
die leben müssen, ohne erwünscht zu sein,
wir setzen uns zur Wehr gegen ein Gesetz,
das uns Entscheidungsfreiheit nimmt;

Da führn sie Reden vom Schutz des Lebens,
doch wir Frauen tragen allein die Last,
Kinder verkümmern, Kinder verkommen
und es kräht kein Hahn danach;

Oh hört ihr Frauen, wir demonstrieren,
denn auch das neue Gesetz ist ein bloßer Schein,
an unsrer Stelle entscheiden Ärzte und
Berater ganz allein;

Oh hört ihr Frauen, wir wollen Kinder,
die mit uns ein Leben lang glücklich sind,
wenn auch ihr das wollt, ja dann kommt zu uns,
denn: FRAUEN GEMEINSAM SIND STARK.

Am 8. März veranstaltet die Sozialistische Frauengruppe Darmstadt zum Internationalen Frauentag ein großes Frauenfest.
Beginn: 18.oo Uhr
Ort: Sozialistisches Zentrum, Wilhelm Leuschnerstr. 9, Hinterhof Keller
Programm: Film, Aus eigener Kraft (Frauen in Vietnam) von Claudia Alemann,
Lieder zum Mitsingen, Information über die Arbeit der Frauengruppe und Mitarbeitsmöglichkeiten;
Essen, trinken, tanzen.

URTEILSVERKÜNDUNG IM NAZI-KAMPFGRUPPEN PROZESS (siehe auch ID Nr.111)

DÜSSELDORF (ID) [illegible] Februar

Der Zuschauerandrang zu der für 15.00 Uhr angesetzten Urteilsverkündung ist groß: kahlgeschorene ‚Wiking-Jugend' (erkennbar an schwarzer Windjacke mit Abzeichen), seriöse Herrschaften in teurer Kleidung, die Damen mit reichlich Schmuck, alte und junge Faschisten – man ist unter sich, niemand macht einen Hehl aus seiner Sympathie für die Angeklagten. Anwesend auch zahlreiche Justizwachtmeister in Zivil und zwei bekannte Gesichter vom Staatsschutz (LKA Düsseldorf), die sonst im Zahl-Prozeß die Einlaßkontrolle überwachen.

Die Urteile: Baier bekommt als ‚Rädelsführer', und weil er sich bis April 1973 der Verhaftung entzogen hat, 12 Monate auf Bewährung. Für die erlittene Untersuchungshaft von April bis Dezember 73 wird ihm eine Haftentschädigung zugesichert. Knauber, ebenfalls als ‚Rädelsführer', erhält 10 Monate, Luttermann und Gädicke je 6 Monate. Alle Haftstrafen werden auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Grett und Löw kommen mit Geldstrafen davon, Schröpfer wird freigesprochen; Kempf , Faber und Ringgut müssen nur zusammen mit den anderen anteilmäßig die Prozeßkosten tragen.

In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende Dr.Hedding, daß der Tatbestand der Gründung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 erfüllt sei. Hinzugekommen seien unerlaubter Waffenbesitz, Verstoß gegen das Kriegswaffengesetz, unerlaubte NS-Propaganda und ebenfalls als krimineller Tatbestand das Plakatieren an öffentlichen Gebäuden. Jeder Deutsche würde die Verschandelung der Unis durch Plakate und Parolen verabscheuen, daher sei auch das wilde Plakatieren kriminell.

Den Faschisten Gädicke und Luttermann, die die NS-Herrschaft miterlebt hätten, sei vorzuwerfen, daß sie die jüngeren Angeklagten nicht über die ‚Schattenseiten' des damaligen Regimes aufgeklärt hätten. Allgemein sei den Angeklagten vorzuhalten, daß sie sich mal realistisch mit dem Einmarsch der Russen 1945 in Berlin auseinander setzen sollten. Er, Dr.Hedding, habe diesen Einmarsch miterlebt, daß damals quasi drei Tage lang der Ausnahmezustand geherrscht habe und jeder Russe machen konnte, was er wollte. Der Versuch der Angeklagten, sich den Russen heute entgegenzustellen, entbehre wohl jeder realistischen Einschätzung über Ausrüstung und Möglichkeiten der Russen.

Hedding zitiert aus Briefen und Gruppenschriften der NSKG, um Gedanken über Pläne und Strategien der ‚Kampfgruppe' zu verdeutlichen. Unter anderem heißt es da sehr eindeutig, daß man „auf einen Bürgerkrieg gefasst sei, der sich gewaschen habe",daß man diesem nicht ausweichen könne, sondern sich vorbereiten müsse. Strafmildernd rechnet Hedding den Faschisten an, daß sie bereitwillig Aussagen gemacht hätten und sich auch sonst während des Prozesses tadellos verhalten hätten. Berücksichtigt habe das Gericht auch die problematische Kindheit der meist ohne Vater aufgewachsenen Angeklagten und die DDR-Flucht von drei der Angeklagten.

Heddings Bemerkung "Ideale hören da auf, wo man zur Waffe greift", löst bei den Zuschauern einen Entrüstungssturm aus, einige rufen, es ginge darum, die "Freiheit zu verteidigen". Im Gegensatz zu weitaus geringeren Vorfällen im Zahl-Prozeß wird hier niemand rausgeschmissen, Hedding mahnt noch nicht einmal zur Ruhe.

Presseecho am nächsten Tag: WAZ, NRZ bringen nichts, Rheinische Post, Düsseldorfer Nachrichten und einen Tag später die FR bringen nur kleine Artikel.

KEINE SOLDATEN IN FRECHEN

KÖLN (ID/KVB) 3. März

Auf Druck der Bürgerinitiative Erftkreis mußte Bundeswehrminister Leber die Pläne zur Errichtung eines Truppenübungsplatzes bei Frechen-Bachem fallen lassen. Vom Verteidigungsministerium und vom Landrat Worms des Erftkreises wurde der Initiative schriftlich mitgeteilt, daß die Bundeswehr nun davon absehe, einen Schießplatz in Frechen anzulegen. Bestärkt durch diesen Erfolg, aber auch weil zu befürchten ist, daß jetzt im Müssenberger Busch in Bocklemünd im Kölner Norden geholzt und der dortige Schießplatz noch erweitert werden soll, hat die Vollversammlung der Bürgerinitiative beschlossen, auch weiterhin gegen bürgerfeindliche Pläne und Unternehmungen der Bundeswehr zu kämpfen.

Kontaktadresse: Frau Züllighofen, Efferen, Krankenhausstr. 147 – Tel. 40/66491.

300 MILITÄRISCHE KW-FUNKSTELLEN

BONN (ID) 2. März

Die Zusammenarbeit aller in der BRD stationierten Funkstellen von Bundeswehr und Nato wird zwischen dem 8. und dem 12. März getestet. Es gibt in der BRD über 300 militärische Kurzwellenfunkstellen. An der Übung nehmen rund 3.000 Soldaten aller Bundeswehrgattungen teil.

RCDS/SLH-ASTA KONTRA STUDENTENDRUCKEREI

BOCHUM (ID)
25. Februar

Seit Mai 1975 sieht sich die Studentendruckerei (SD) der Ruhruniversität Bochum (RUB) ständigen Angriffen des RCDS/SLH-Asta (Ring christlich-demokratischer Studenten/Sozial-liberaler Hochschulverband) ausgesetzt. Zur Geschichte des Konfliktes:

● Mai 1975
Der Asta beginnt seine Attacken gegen die Belegschaft der Unidruckerei mit der Herausgabe einer Dienstanweisung, die ziemlich schwere Vorwürfe beinhaltet (Verstöße gegen die Arbeitszeit, Nichtannahme von Aufträgen, Alkoholgenuß, unfreundliches Verhalten). Die Belegschaftt der Druckerei weist die Vorwürfe in Form eines Flugblattes zurück und hängt die Dienstanweisung öffentlich aus.

● 2. Juli 1975
Der Kollege Kalis soll wegen Zahlung eines Vorschusses an einen Mitarbeiter entlassen werden. Formaljuristisch ist dies, wie sich später herausstellt, jedoch kein Kündigungsgrund, da der Kollege aufgrund eines Gewohnheitsrechtes handelte. Der Asta heuchelt Bedauern und muß auf den Druck der sich solidarisierenden Studenten hin die Kündigung wieder zurücknehmen.

● 18. Juli 1975
Neuer Asta-Vorsitzender — neuer Versuch. Diesmal wird zwei Kollegen zum 31.10. gekündigt, den anderen werden die Bezüge gekürzt. Würde das dem Asta gelingen, wäre die Druckerei arbeitsunfähig undkönnte aufgelöst werden. Von besonderem Interesse wäre die Schließung für das Asta-Mitglied Castro, da nun die Druckaufträge an die ESDAR-Druckerei in Bochum-Riemke gehen würden. (Besitzer: ein Verwandter von Castro.) Außerdem würde dadurch den verschiedenen politischen Gruppen und Fachschaften die Möglichkeit genommen, relativ preiswert und vor allem unzensiert ihre Publikationen, Flugblätter etc. drucken zu lassen. Es findet eine Überprüfung der Rechnungsbücher des Asta statt. Nach einer halben Stunde stellt sich heraus, daß der Asta falsche Zahlen vorgeschoben hat, um einen Kündigungsgrund zu haben. Die Kündigungen und Lohnkürzungen werden zurückgenommen.

● 26. November 1975
Am 26.11. wurde versucht, eine vom Asta angekündigte Arbeitsplatzbewertung (Refa) vorzunehmen. Früh morgens erschien der Asta-Vorsitzende Berger in Begleitung der Herren Regierungsoberamtsrat Lienkamp (Personaldezernent der Univerwaltung), sowie des Beauftragten des Landesrechnungshofes Risse, zwei Herren aus Düsseldorf und des Leiters der Univervielfältigung, Klein. Nachdem die Drucker den Herren erklärt hatten, das sei eine Arbeitsplatzbewertung mit dem Ziel, die Gehälter und Zulagen drastisch zu kürzen, mußte die Kommission unverrichteter Dinge wieder abziehen.

● Januar/Februar 1976
Mittlerweile hat der Asta übertarifliche Leistungen (244 bzw. 207 Mark monatlich) an zwei Mitarbeiter gestrichen, außerdem plant er weitere Kürzungen und Kündigungen. Um diese erneuten Angriffe des RCDS/SLH-Asta abzuwehren, findet am Montag, dem 8.3. um 17 Uhr eine Faschschaftsvertreterkonferenz bei den „Mathematikern" statt.

DEM ZWEITEN BILDUNGSWEG WIRD DER HAHN ABGEDREHT

FRANKFURT (ID)
4. März

Für den 4./5. März 1976 hat die Interessenvertretung der Abendgymnasien (AG), der Bundesring, beschlossen, einen bundesweiten aktiven Streik gegen das sogenannte KMK-Modell (Kultusministerkonferenz-Modell) durchzuführen, mit anschließenden Demonstrationen in Wiesbaden, Dortmund, Hannover und Berlin.

Die Abendgymnasiasten haben nach mindestens dreijähriger Berufstätigkeit die Initiative ergriffen, ihr Abitur nachzuholen. Sie müssen in den ersten vier Semestern arbeiten und gehen gleichzeitig zur Schule. In den letzten drei Semestern gibts dann Bafög.

Das neue, von der Kultusministerkonferenz erstellte sogenannte KMK-Modell, (Kurssystem, wie es schon an Morgengymnasien teilweise eingeführt ist), bedeutet für uns Abedgymnasiasten folgendes:

1. Leistungs und Grundkurse sind für die Abendgymnasiasten, die schon langjährige Berufserfahrung haben, ein Auseinanderreissen der mühsam aufgebauten sozialen Kontakte im bisherigen Klassenverband. Den Leuten, die aus dem Berufsleben zum AG kommen, um ihr Abitur zu machen, wird von vornherein die Möglichkeit genommen, einen sozialen Lernprozeß in der Gruppe durchzumachen.

Wenn man Schüler am AG ist, ist man in der Regel gezwungen, seine bisherigen beruflichen und privaten Kontakte durch die Zeitverschiebungen im neuen Wirkungskreis aufzugeben. Außerdem besteht die Erfahrung, daß durch gemeindames Lernen in der Guppe der Weg zum Abitur leichter ist. Nach dem KMK-Modell sollen jedoch anscheinend Einzelkämpfer gezüchtet werden, denen es nur noch um einen sozialen Aufstieg geht, bzw. einen Posten in der Wirtschaft.

2. Punktsystem: Bisher hatten wir eine Benotung von 1 - 6. Jetzt wollen uns die Herren vom Kultusministerium ein Punktsystem aufzwingen mit Punkten von 1 - 15, dessen Anwendung einen vorgezogenen Numerus Clausus beinhaltet. Die Schüler können dadurch differenzierter beurteilt werden und jeder wird darauf aus sein, möglichst viele Punkte für sich zu raffen. Hierbei wird nur das individuelle Lernen berücksichtigt und ein Konkurrenzverhalten gefördert.

3. Normenbücher: Die Normenbücher, die bundeseinheitlich eingeführt werden, beinhalten teilweise einen Lehrstoff, der stark an den Universitätslehrbetrieb erinnert und auch so abgefaßt ist. An unserer Schule sind ca. 65 % Volksschüler mit abgeschlossener Ausbildung oder mehrjähriger Berufstätigkeit, für die unter solchen Anforderungen der Besuch des AG in Zukunft unmöglich ist. Somit wird also von den Erwachsenen, die im Berufsleben standen, erwartet, daß sie den gleichen Stoff durcharbeiten wie die Schüler am Morgengymnasium, die mehr Zeit zur Verfügung dafür haben.

An den Tagesgymnasien ist es erforderlich, daß die Schüler bis in den späten Nachmittag hinein anwesend sind, um das KMK-Modell zu praktizieren, da zwischen den einzelnen Kursen teilweise Freistunden liegen. Das hieße auf das AG angewandt, eine Schulzeit von 17 Uhr bis 1 Uhr nachts.

Daran läßt sich für uns klar erkennen, daß das Kultusministerium nicht an einem weiteren Fortbestehen des 2. Bildungsweges interessiert ist. An den Tagesgymnasien sind auch schon verstärkt Mißbilligungen gegen dieses vertrakte Modell laut geworden. Wir verstehen unsere Aufgabe darin, mit den Tagesgymnasien einen einheitlichen Kampf gegen das KMK-Modell zu führen. Uns ist es klar, daß in dieser Gesellschaftsordnung ein zufriedenstellendes Bildungssystem nicht möglich ist, doch wir sehen uns gezwungen, für die wenigen Rechte, die wir haben, zu kämpfen, zumal man dabei ist, diese abzubauen.

Ende der 50- er Jahre wurde der zweite Bildungsweg in der jetzigen Form gebildet, um Lücken in der Wirtschaft mit Leuten zu füllen, die hier einequalifizierte Ausbildung mitbrachten. Hierfür eigneten sich die Aufsteiger aus dem ZBW besonders, weil sie aus der Schicht kommen, die sie nachher treten sollen. Inzwischen ist der Nachholbedarf an wirtschaftlichen Führungskräften gedeckt. Berechtigt dies also das Kultusministerium, welches ja nur eine Institution ist, um den Bildungsnachwuchs entsprechend den Erfordernissen der Herrschenden Klasse frei Haus zu liefern, den ZBW abzubauen?

DIE DOZENTEN DER VHS SPÜREN NICHTS VOM „SOZIALSTAAT"

FRANKFURT (ID)
2. März

Am 30.1.76 fand vor dem Arbeitsgericht Frankfurt das Beschlußverfahren über den Einspruch der Dozenten der VHS Ffm und der Ötv gegen die Betriebsratswahl 1975 im Bund für Volksbildung (in den die VHS Ffm eingebettet ist) statt. Die Wahlberechtigung war ihnen verweigert worden.

Die „freien" oder nebenamtlichen Mitarbeiter an der VHS sind „frei" von jedem sozialen Schutz: sind jederzeit durch die Verweigerung der halbjährlichen Vertragsverlängerung kündbar (u.a. wurden so mindestens 8 Dozenten wegen Vertretung ihrer Interessen als „Unruhestifter" hinausgeschmissen), ohne Renten- oder Sozial-

versicherungsbeitrag des Arbeitgebers, ohne Urlaubsanspruch, ohne die Rechte des BVG. Dieser rechtlose und vereinzelte Status der Dozenten macht sie dem Willen der VHS ohnmächtig ausgeliefert und willfährig. Die ca. 570 Dozenten tragen zwar die Lehrtätigkeit der VHS, sind aber weder im Betriebsrat vertreten noch bei Honorarfragen verhandlungsfähig (für viele wurden die Honorare seit ca. 8 Jahren nicht erhöht — das entspricht einer Reduzierung von mind. 50 % real).

*** Dem Beschluß kommt bundesweite Bedeutung zu. In einer
*** ähnlichen rechtlosen Situation befinden sich Kollegen in
*** anderen Bereichen, so z.B. freie Mitarbeiter des Rundfunks.

Wird dem Einspruch stattgegeben, ist damit einigen Dozenten die Arbeitnehmereigenschaft zuerkannt worden — und genau dies ist das Ziel der Klage. Den Dozenten sind sozialer Schutz und Vertretungsrechte dann nicht mehr zu verwehren.

Die sozialdemokratische VHS-Spitze droht: wenn den Referenten der Arbeitnehmerstatus zuerkannt wird — und nach dem BVG ist er vielen Dozenten nicht zu verweigern, wie u.a. die Klage der Ötv zeigt — koste dies dem Staat angeblich „Milliarden". Offensichtlich handelt es sich dabei um die Geldbeträge, die man den Dozenten bisher vorenthielt; auf ihrem Rücken soll die Volksbildung billig abgespult werden (1976 gibts wieder keine Honorarerhöhung!), sie sollen die Kosten für die Volksbildung drücken. Praktisch werden hier arbeitslose Lehrer rechtlos für ein Spottgeld ausgenutzt.

Der Beschluß wird mit Spannung erwartet (vgl. FAZ vom 28. 1.76 und 31.1.76). Die Dozenten müssen für die Prozeßkosten, Portokosten usw. selbst aufkommen. Bisher wurden u.a. von haupt- und nebenberuflichen Mitarbeitern der VHS 430,— gespendet. Weitere Spenden bitte auf das Konte 325-4893 Deutsche Bank, Carmen Tartarotti, Stichwort VHS. Kontakttelefon-Nummer 725512. Nächster Prozeßtermin 19.3.76 — Arbeitsgericht Ffm, 9 Uhr. (Adickesallee 36).

SOMMERZELTLAGER DER JUGENDZENTREN AUS DER BUNDESREPUBLIK UND WESTBERLIN

WERTHEIM (ID) Februar 76

Wie bereits im ID 107 zu lesen ist, ist ein Sommerzeltlager mit mehreren Jugendzentren aus Westberlin und der BRD geplant. Der Zeitraum wird wahrscheinlich zwischen Mitte und Ende Juli liegen. Genauer Zeitpunkt und Ort müssen noch in den beiden Vorbereitungstreffen an Ostern und Pfingsten geklärt werden.

Das Ziel des Sommerzeltlagers ist, daß sich die einzelnen JZ-Gruppen kennenlernen, Erfahrungen austauschen, Kontakte knüpfen, um sich gegenseitig besuchen und bei Angriffen zu Hilfe kommen zu können. Das gemeinsame Solidaritätserlebnis soll helfen, den Alltagsfrust, die Vereinzelung am Ort zu überwinden und spürbar zu machen, daß nicht jeder vor sich hinwurschtelt, sondern jeder ein Teil von der Bewegung ist. Dabei sollen natürlich auch die Schattenseiten (Probleme, Perspektiven) diskutiert werden und ein reines Konsumfest verhindert werden.

Diejenigen Gruppen, die noch daran teilnehmen wollen, sollen:

- versuchen, finanzielle Mittel locker zu machen (Vorplanung: beantragen), damit die Sache auch finanziert werden kann (es gibt keinerlei Zuschüsse, da das Lager total selbstorganisiert ist).
- diesen Termin einplanen und die Information darüber weitergeben.
- sich bei der unten angegebenen Adresse rückmelden, damit sie über einen Rundbrief über weitere Planung und Termine informiert werden können.
- an den Vorbereitungstreffs teilnehmen und die organisatorischen Lasten solidarisch tragen, sowie inhaltliche Vorschläge zur Gestaltung einbringen.
- einen schriftlichen Erfahrungsbericht einschicken, der u.U. zu einer Broschüre zusammengestellt wird, um das gegenseitige Kennenlernen zu erleichtern und eine Kommunikationsbasis zu schaffen.
- mitteilen, welche technischen Mittel (Musikanlage, Generator, Zelte etc.) sowie inhaltliche Beiträge (Musik- oder Tehatergruppen etc.) eingebracht werden können.

Für alle Gruppen, die daran teilnehmen wollen, ist die zentrale Kontaktadresse: Aktion Jugendhaus, Mühlenstraße 7, 6980 Wertheim.

SELBSTMORD IN DER JVA I FRANKFURT : KEIN ZUFALL

FRANKFURT (ID) 3. März

Ein Gefangener der JVA I Frankfurt berichtet über die Hintergründe der Selbstmorde:

„Am 26.2.75 beging der Mitgefangenen Jo (Johannes Graczyk) Selbstmord, obwohl er diesen Schritt mehrmals angedroht hatte und bereits einmal — auf Hinweis eines anderen Gefangenen — in letzter Minute vom Strick abgeschnitten werden konnte. Sein sinnloser Tod wäre zu verhindern gewesen, hätte man ihn — was sein Wunsch war — in eine Gemeinschaftszelle verlegt.

Als Mitgefangene Aufklärung von der Anstaltsleitung über die Gründe, die zum Tod Jos führten verlangten, wurde von Staatssekretär Werner vom Ministerium der Justiz verfügt:

1. Die tägliche Freizeit wird von fünfeinhalb auf zwei Stunden verkürzt.
2. Nur Gefangene, die über zwei Monate in Haft sind, haben Anspruch auf Freizeit. (Gerade diese Gefangenen neigen am ehesten zu Kurzschlußhandlungen.
3. Nur jeweils sechs Stationen dürfen am Gottesdienst teilnehmen.
4. Fortbildungskurse dürfen nicht mehr als zwölf Teilnehmer haben.
5. Zu Veranstaltungen wie Kino etc. dürfen nicht mehr als 80 Personen. Voraussetzung ist u.a.: Führung, ausreichende Deutschkenntnisse, sowie die Haftdauer.

Am 20. bzw. in der Nacht zum 21. 2 76 also bereits Ende letzter Woche, beging der U-Gefangene Scala, indem er sich zwei Schnittwunden beibrachte und verblutete, Selbstmord — er war gerade eingeliefert worden. Auch er soll darum gebeten haben, zu einem anderen Gefangenen in die Zelle zu kommen. Scalas Tod wird bis heute der Öffentlichkeit unterschlagen. Offensichtlich soll damit verschleiert werden, worauf die beiden Selbstmorde und die Selbstmordversuche in letzter Zeit zurückzuführen sind.

Seit einer Woche ist nämlich nun auch die „Bewegung im Freien" in den 6. bzw. 9. Stock verlegt worden. Diese Maßnahme wurde schon vor einiger Zeit vom Oberlandesgericht gebilligt, doch nur zeitweise praktiziert. Da wir hier auch vor den Fenstern Sichtblenden haben und das Gebäude praktisch nicht mehr verlassen, ist abzusehen, daß es zu weiteren Selbsttötungen kommen wird, zumal die Anstaltsleitung nichts unternimmt, um ähnlichen Vorfällen vorzubeugen.

So hat der spanische Staatsangehörige Manuel Todo im November 1975, sein ebenfalls inhaftierter Verwandter trage sich mit Selbstmordgedanken, man möge doch etwas unternehmen. Auf diese — schriftliche — Eingabe geschah nichts. Erst der Anstaltsgeistliche sprach auf Todos neuerliches Betreiben mit seinem Verwandten.

Vom Ministerium der Justiz in Wiesbaden ist offensichtlich keine Hilfe zu erwarten. Auf ein diesbezügliches Schreiben von mir wurde mir am 9.12.75 mitgeteilt, man habe mich in das in der JVA ausliegende Vormerkbuch eintragen lassen. Die Knastzeitung „Wochenspiegel", teilt schon, solange ich hier bin, lakonisch mit: „Ein genauer Zeitpunkt, wann die Herren aus Wiesbaden kommen, steht noch nicht endgültig fest." Vielleicht ist es der St. Nimmerleinstag. In Haft bin ich seit acht Monaten.

Ich bin der Meinung, daß nur die Öffentlichkeit, d.h. auf dem Umweg über die Presse, die unmenschlichen und unwürdigen Zustände in der JVA I in Frankfurt zu ändern vermag. "

ZUM SELBSTMORD VON GEFANGENEN

DARMSTADT/KASSEL (ID)
2. März

Der Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug (AKS) in Darmstadt hat den Hessischen Minister der Justiz und die Darmstädter Gefängnisleitung zur Schaffung von Öffentlichkeit aufgefordert, was die Selbstmorde von Häftlingen in hessischen Strafanstalten betrifft. Der AKS kritisiert insbesondere die Praxis, Neuinhaftierte in Einzelzellen zu stecken und schildert die Folgen am Fall eines jungen Mannes, der sich kürzlich erhängte:

„Erneut hat die Inhaftierung eines jungen Mannes in einer Justizvollzugsanstalt (JVA) ihn sein Leben gekostet. Am Mittwoch, den 18.2.76, wurde der 21jährige aus Wiesbaden kommend in das Darmstädter Gefängnis eingeliefert und in eine der sogenannten Zugangszellen im Verwaltungsgebäude gesperrt. Dies ist der übliche Weg für Neuankömmlinge, die solange in einer dieser Zugangszellen verbleiben, bis die Aufnahmeformalitäten erledigt sind und ihnen ein Zellenplatz zugewiesen wird. Diese Zugangszellen werden in Darmstadt nachts normalerweise nicht kontrolliert. Der Neuinhaftierte, der wegen Verdachts auf Diebstahl verhaftet und – soweit bekannt – erstmals inhaftiert worden war, wurde offensichtlich mit der für ihn neuen Situation nicht fertig: mit seinem Gürtel erhängte er sich am Fensterkreuz. Am Donnerstag morgen wurde seine Leiche gefunden.

Die Darmstädter Gefängnisleitung versuchte bisher, diesen Vorfall der Öffentlichkeit zu verbergen. Dieses Verhalten kritisiert der AKS. Der AKS fordert die Gefängnisleitung auf, in Zukunft jeden Todesfall im Darmstädter Gefängnis mit genauer Schilderung der näheren Umstände der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Darüberhinaus fordert der AKS auch den Hessischen Minister der Justiz auf, die Veröffentlichung sämtlicher Todesfälle in den Hessischen Gefängnissen von Fall zu Fall zu veranlassen, damit das Ausmaß des Elendes in den Gefängnissen bekannt wird. So zeigt dieser jüngste Fall, daß eine Überprüfung des üblichen Aufnahmeverfahrens dringend erforderlich ist, um eine Wiederholung nach Möglichkeit zu verhindern. Die Praxis, Neuinhaftierte die ersten Tage im Gefängnis in Einzelzellen allein auf sich geworfen verbringen zu lassen, muß geändert werden: es muß ihnen die Möglichkeit gewährt werden, in Kontakt mit schon länger Inhaftierten, die für sie schlagartig veränderte Situation zu bewältigen. Das Prinzip der totalen Isolierung der Neuinhaftierten in Einzelzellen ist verantwortungslos, und auch ein eventuell geführtes Zugangsgespräch allein (das in diesem Fall unterblieben war, weil die Einlieferung nach Dienstschluß erfolgte) kann nicht in jedem Fall die seelische Belastung des Neuinhaftierten auffangen und das Schlimmste verhüten."

Über einen anderen Fall erreichte den AKS eine Nachricht aus der JVA Kassel:

„(...) Es handelt sich um einen jugoslawischen Staatsbürger, der den „Todessprung" aus lauter Verzweiflung aus dem vierten Stockwerk „D IV" wagte. Dieser Gefangene war auf der sogenannten „psychotherapeutischen Abteilung" der JVA Kassel untergebracht.

(...) Es ist direkt lächerlich, wenn man bedenkt, wie selbst die Kripo und die Mordkommission hinters Licht geführt wurden. Die Stelle, die blutverschmiert war, erst einmal säubern zu lassen, um dann die Kripo die obligatorischen Aufnahmen machen zu lassen.

Wenn es sich um ein Versagen eines Gefangenen handelt, ist die Anstaltsleitung nur zu gerne bereit, einer großangelegten Pressekonferenz Rede und Antwort zu stehen. Handelt es sich aber um ein Versagen der Anstaltsleitung, wird alles getan, damit die Presse nichts davon erfährt. So auch in diesem Fall; kein einziges Wort war in der Presse zu lesen.

Dieser Fall ereignete sich am 10.2.76 zwischen 14 Uhr und 14 Uhr 30. Der Notarztwagen traf genau 45 Minuten danach ein. (...)"

Kontaktadresse: Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug, Nieder-Ramstädter Straße 30, 6100 Darmstadt

FREIHEIT FÜR DEN GEFANGENENRAT !

FRANKFURT (ID)
19. Februar

Protestresolution der Roten Hilfe Deutschlands / OG FRankfurt;

„Freiheit für Günter Gerlach, Peter Felix Keblys, Rosemarie Stobbe, Peter Erlach und Norbert Brunner.

In Frankfurt-Preungesheim sitzen seit dem 8.12.75 fünf Genossen vom Gefangenenrat unter strenger Isolation in Untersuchungshaft. Ihnen wird vorgeworfen, eine „kriminelle Vereinigung" gegründet zu haben. Weil der Gefangenenrat Folter, Mißhandlungen und Morde in den Gefängnissen der Bundesrepublik an die Öffentlichkeit gebracht hat, weil er gegen politische Unterdrückung gekämpft hat, wird er jetzt von der Bourgeoisie als kriminell bezeichnet und soll aus dem Weg geschafft werden. Mit unverschämten Terrormaßnahmen gegen die Genossen sollen sie fertig gemacht werden! Wochenlang durften sie keinen Kontakt von Außen bekommen, sämtliche Besuche wurden abgelehnt, Briefe, ja selbst Blumen wurden zurückgehalten. Wurde ihnen dann doch endlich Besuch gewährt, so wurde dieser mitprotokolliert, und das Landeskriminalamt hat jedesmal versucht, diese Besuche in Verhöre umzuwandeln. Haben sich die Genossen gegen diese Terrormaßnahmen gewehrt, so wurde ihnen der Besuch gestrichen und die Haft verschärft.

Bei allen, außer bei Norbert Brunner, wurde in der ersten Haftprüfung bestätigt, daß sie in Untersuchungshaft bleiben müßten. Norbert Brunner wurde nach der Haftprüfung aus der U-Haft entlassen. Die Argumente des Staatsanwalts Winkel für die weitere Haft der vier Genossen sind haarsträubend. Bei Günter Gerlach z.B. reicht zur Isolierung aus, daß er Leute vom Gefangenenrat hat bei sich schlafen lassen und daß der Personalausweis von Rosemarie Stobbe in seiner Wohnung gefunden wurde.

Wir protestieren hiermit aufs schärfste gegen diese Terrormaßnahmen, die nur den Zweck haben sollen, entschlossene Kämpfer gegen dieses Unterdrückersystem zu brechen und zu vernichten! Fordert mit der Roten Hilfe Deutschlands die Freiheit für Günter, Felix, Rosemarie, Peter und Norbert!

Protestiert bei dem Staatsanwalt Winkler, im Gericht, Adenauerstraße. Schreibt den Genossen ins Gefängnis, Preungesheim JVA 1 bzw. Rosemarie Stobbe, Preungesheim JVA 3!"

INTERNATIONALES

KUBA HAT EINE SOZIALISTISCHE VERFASSUNG

FRANKFURT (ID)
1. März

Siebzehn Jahre nach dem militärischen Sieg der Guerilla gegen das Batista-Regime hat sich Kuba eine sozialistische Verfassung gegeben. Per Abstimmung hatte das kubanische Volk am 15. Februar die Verfassung angenommen. Seit April vergangenen Jahres hatte die Vorlage in den Basisorganen der Voksmacht (poder popular), in den Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), in den Gewerkschaftsverbänden der CUT, in der Föderation der kubanischen Frauen, in der Studentenföderation zur Debatte gestanden. Sie ersetzt die seit 1940 gültige Verfassung.

Die Republik Kuba ist danach definiert als „ein sozialistischer Staat der Arbeiter, der Bauern und der übrigen Hand- und Kopfarbeiter". Festgehalten in der Verfassung ist auch die „brüderliche Freundschaft, Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern." Bestimmt wird außerdem, daß Kuba es „anstrebt, sich in Lateinamerika und die Staaten der Karibik zu integrieren, wenn sie von äußerer Herrschaft und innerer Unterdrückung befreit sind."

Die Maxime „jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Arbeit" setzt das Leistungsprinzip obenan. Die Kommunistische Partei wird als „höchste Führungskraft der Gesellschaft und des Staates" definiert.

Die Verfassung erkennt neben dem Gemeinschaftseigentum der Kooperativen ausdrücklich in bestimmten Sektoren wie Lastwagentransport und Taxifahrern auch Privateigentum an. Mit der Verfassung hat das kubanische Volk auch die Hilfe Kubas für die Befreiungsbewegung MPLA in Angola gebilligt. Zur Erinnerung:

Während der Okkupation der CSSR im August 1968 durch die Truppen des Warschauer Paktes hat in Kuba eine heftige Debatte über das Eingreifen kubanischer Truppen aufseiten des tschechischen Volkes stattgefunden. Mehrere Tage nach dem 21. August, als klar wurde, daß der Invasion kein massenhafter Widerstand entgegengesetzt wurde, sagte Fidel Castro in einer Rede ans Volk sinngemäß:

Kuba sehe es als internationalistische Pflicht an, andere Völker in ihrem Kampf und Widerstand gegen äußere Feinde mit Waffen und Soldaten zu unterstützen. Wenn ein Volk aber keinen Widerstand leiste, müsse man prüfen, warum, und dürfe nicht eingreifen.

Nach diesem Prinzip handelt Kuba.

Eine Analyse der Außenpolitik Kubas gegenüber den Ländern der Dritten Welt faßt Le Monde am 2.3. so zusammen:

„Die Vorstellung, die Kuba von seiner internationalen Rolle hat, ist klar; es ist indessen unmöglich, das Gewicht der Sowjetunion auf diesem Gebiet einzuschätzen. Ohne Zweifel hat die kubanische Operation in Angola erst nach genauer Prüfung der objektiven Bedingungen stattgefunden. Heute wie gestern haben die Kubaner niemanden nötig für ihre Entscheidung, ob sie sich in bestimmten Konflikten engagieren. Sie betrachten dies als eine Pflicht und Ehre.

Und es ist bemerkenswert, daß der kubanische Offizier Rodriguez Miralta, der 1969 in Guinea-Bissao gefangen und 1974 in Lissabon freigelassen wurde, beim jüngsten Kongreß der kubanischen KP (im Dezember 1975) für das Zentralkomitee nominiert wurde.

Ohne Zweifel ist neu, daß die kubanische Armee bewiesen hat, daß sie nicht nur in der Guerilla spezialisiert ist, sondern auch mit schweren Waffen umgehen kann. Die Möglichkeiten des „sozialistischen Lagers" haben sich gewandelt. Und auch der Platz, den dieses kleine Land einnimmt (Kuba ist flächenmäßig halb so groß wie die BRD, d.Ü.), das heute „Repräsentanten" in Guinea, in Somalia, in Tansania, in Kongo-Brazzaville, in Guinea-Bissao, im Südjemen und und in Syrien hat." Soweit Le Monde.

Zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Kubas, das sich aus einer totalen, kolonialen Abhängigkeit von den USA zu befreien hatte, schrieb die FR am 17.2.76:

„... In der Zwischenzeit wurde nicht nur der Analphabetismus fast vollständig ausgemerzt, sondern auch das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung entscheidend gehoben. Der kulturelle Hunger der Kubaner scheint heute unersättlich zu sein, was sich am Aufschwung der Verlagsindustrie ebenso zeigt wie an der Ausbreitung des Volkstheaters in den verschiedensten Formen. ...

Voraussichtlich im Oktober sollen die Wahlen zur Besetzung der lokalen Volksräte (poder popular) und der Nationalversammlung stattfinden. Bestimmte Befugnisse der Zentralgewalt sollen dann auf die neuen Organe der Volksmacht übertragen werden."

Zwanzig Jahre nachdem Fidel Castro mit 81 Guerilleros an Bord der „Granma" an der Sierra Maestra landete und 15 Jahre nachdem das CIA-Unternehmen „Schweinebucht" zurückgeschlagen wurde, hat im einzigen sozialistischen Staat der westlichen Welt eine neue Phase der Revolution begonnen. (siehe auch ID 60)

„KISSINGER RAUS! MÖRDER VON KAMBODSCHA, VIETNAM UND ANGOLA!"

FRANKFURT (ID) 4. März

DIE LATEINAMERIKA-REISE DES US-AUßENMINISTERS

Diese Parole stand an den Häuserwänden von Kolumbiens Hauptstadt Bogota, einer der sechs Stationen von Kissingers erster Lateinamerikareise als US-Außenminister. Die Parole macht den Haß der lateinamerikanischen Völker gegenüber dem friedenspreisgekrönten Giftmischer deutlich, und das Ergebnis der Reise bestätigt sie darin.

Zwei politisch-strategische Schwerpunkte dominierten: Bekräftigung des engen Bündnisses zwischen USA und seinen Satelliten Brasilien, außerdem eine permanente Hetze gegen Kuba, dessen internationales Prestige durch den Sieg in Angola bei den Völkern der 3. Welt gewachsen ist.

Von der westdeutschen Presse nahezu totgeschwiegen, soll die Neun-Tage-Reise anhand von Alternativa, Marka und Le Monde nachgezeichnet werden.

Schon die erste Station, Venezuelas Hauptstadt Caracas am 16. Februar, zeigt, daß Kissinger nur in den Kapitalisten dieser Länder Verbündete hat. In den Straßen der Hauptstadt liefern sich Studenten mit 20tausend Polizisten eine Dreistundenschlacht. Mindestens ein Student wird erschossen.

In einem Sechs-Punkte-Programm verspricht Kissinger dem ölreichen Venezuela amerikanische Finanzhilfe auf der „Basis der Gleichheit". Dies tut er vor Professoren sowie amerikanischen und venezolanischen Geschäftsleuten.

Alternativa schreibt dazu: „Die überstürzte Durchreise Kissingers durch Lateinamerika bestand aus: Tod, Lügen und Drohungen. In Caracas – fährt Alternativa fort – versicherte er, „eine neue Ära" habe mit dem „neuen Dialog" zwischen USA und Lateinamerika angefangen.

In Lima – der nächsten Station schon eineinhalb Tage später – gab er sich ehrerbietig angesichts der militärischen Uniform des peruanischen Außenministers, General de Flor, als ob seine bevorzugten Marionetten von Pinochet bis Thieu nicht immer militärisch gekleidet wären. Nur ist es eben so, daß die peruanischen Generäle keine Marionetten von Kissinger sind – und das schmerzt ihn." Soweit zunächst Alternativa. Die in Lima erscheinende Zeitschrift Marka fragt im Titel ihres Heftes: „Kissinger, was willst du? " und nennt ihn einen „unerwünschten Gast". „Von Kissinger reden – schreibt Marka –, heißt: von Spionage, politischer Korruption, individuellem Terror und Völkermord reden. Von Kissinger reden, heißt: von imperialistischer Aggression, Landungsoperationen der Marines und Bombardierung wehrloser Bevölkerungen reden."

Marka fügt dem eine Liste von US-Terroraktionen an, die mit der Ermordung Ghandis beginnt und mit der Invasion rassistischer Söldner in Agola aufhört, und sie schließt ihre Aufwartung für Kissinger: „Dies ist unser Gast ... Er repräsentiert die Kontinuität, die Existenz und die Aktualität der finstersten, grausamsten und aggresivsten Traditionen von Interventionismus, Reaktion und Krieg des Monopolkapitals und des Imperialismus. Ihn zu begrüßen im Namen eines „Pluralismus", wie es offizielle Regierungsstellen tun, bedeutet, das antiimperialistische Bewußtsein der peruanischen Arbeiter einzunebeln ... Kissingers politische Position hat einen anderen Namen: Faschismus!"

Dieser Kissinger klagt dann über die Blockfreiheit Perus; von Außenminister de Flor bekommt er zu hören, die USA benutzten andere Länder nur für ihre Interessen. Kissinger sagt, die USA unterstützten die Ziele der peruanischen Revolution. Er sagt das, obwohl nach der Verstaatlichung der US-Minengesellschaft Marconi etc. die Agrarkredite für Peru gestoppt und die Exporte nach USA gebremst wurden. Kissinger sagt schließlich, daß bei einer „Mäßigung" der Außenpolitik Perus für die Lösung der Finanzkrise US-Hilfe zu erwarten sei – er bezieht sich damit implizit auf die kubafreundliche Politik der peruanischen Militärregierung.

In diesem Zusammenhang schreibt Alternativa: „In allen Stationen hatte er harte Worte für die, die „die Solidarität untergraben, die die Unabhängigkeit bedrohen und die die Gewalt exportieren." Jeder – bemerkte Alternativa zu dieser Kissinger-Stereotype – hätte glauben können, er beziehe sich damit auf die USA, die in Latein-

amerika nie anders gehandelt haben;" aber nein: er bezog sich auf Kuba.

Seine Realpolitik (das Wort bleibt im spanischen Text unübersetzt, d.Ü.) bestehe in der Verdrehung der Realität. Nach nur einem Tag in Peru trifft Kissinger am 19. Februar in Brasilien, dem eigentlichen Ziel seiner Mission, ein. Dort, wo, wie (laut Le Monde) der mexikanische Außenminister jetzt berichtete, über 50 % der Bevölkerung Hunger leiden, dort, wo staatlicher Terror und Folter an der Tagesordnung sind, dort sagt Kissinger (Zitat der FAZ), es gebe „keine Völker", die sich so wie Brasilien und die USA um die Menschenwürde sorgten. Dort aber – so schreibt die FAZ weiter – habe Kissinger sich über die Verletzung der Menschenrechte „nicht näher äußern" wollen.

Mit einem politisch-wirtschaftlich-militärischen Beistandspakt wird Brasilien als Gendarm der USA in Lateinamerika, als subimperialistisches Regime offiziell anerkannt und von Kissinger mit Westeuropa und Japan auf eine Stufe gestellt. Die FR kommentiert diesen amerikanisch-brasilianischen Pakt, der Brasilien zum „Statthalter (der USA) in Südamerika", zum „Exekutor des Willens der USA" mache, mit den Worten: „Einzelne Produktions- und Dienstleistungsbranchen werden nahezu vollständig von den USA aus kontrolliert. Gleichzeitig aber verschärft der rücksichtslose frühkapitalistische Entwicklungsprozß ... die sozialen Gegensätze. Paraguay und Bolivien sind wenig mehr als „selbständige" Satelliten, aber auch Kolumbien, Ur[illegible]y, selbst Peru und Argentinien beobachten mit zwiespältigen Gefuhlen den wachsenden Druck". (Die BRD, so wird in diesen Tagen bekannt, hat gerade einen Vertrag über Bau und Lieferung von Atomkraftwerken mit Brasilien abgeschlossen.)

Drei von den insgesamt neun Tagen seiner Reise durch sechs Länder verbringt Kissinger mit seinen brasilianischen Freunden.

Dann, am 22. Februar, landet er in Kolumbiens Hauptstadt Bogota, verspricht dem Präsidenten Lopez Michelsen in Sachen Lockheed-Schmiergelder einen neuen Verhaltenskodex für Multinationale Konzerne und läßt neue Tiraden über die kubanische Unterstützung im siegreichen Befreiungskampf in Angola los. Lopez stimmt nicht mit ein.

Auch am übernächsten Tag setzt Kissinger in San Jose, der Hauptstadt von Costa Rica, seine Hetze fort; seine Zuhörer sind die Außenminister von fünf mittelamerikanischen Staaten.

Am 25. Februar schließlich, dem letzten Reisetag, überfliegt Kissinger zwei Stunden lang, im Hubschrauber sitzend, die Erdbebengebiete im Guatemala, der letzten Station seiner Missionsreise. Bei diesem Flug mögen ihm Assoziationen zum von US-Bomben zerstörten Vietnam gekommen sein.

Den Zusammenhang zwischen der permanenten Hetze gegen Kuba, die nach Kissingers Rückkehr verstärkt vom wahlkämpfenden US-Präsidenten Ford fortgesetzt wird, und der amerikanischen Invasion in Vietnam stellt Le Monde (am 2. März) mit einem bemerkenswerten Zitat her:

Bei einem Pressegespräch habe Ford am 21. Juli 1965, als er noch im für den Vietnam-Krieg verantwortlichen US-Kongreß saß, gesagt: „Die Lektion, die wir von Kuba verpaßt bekommen haben, muß uns leiten gegenüber der dritten Krise dieses Jahrzehnts: Vietnam. In Kuba hat unser anfängliches Zögern die Kommunisten ermutigt, sich mehr und mehr aggressiv zu zeigen". Gezögert hätten die USA im Vietnam-Krieg keineswegs – dort ließen sie eine hochgerüstete Armee mit einer halben Million Soldaten zum Völkermord antreten. Der Ausgang in Vietnam sei bekannt, und der Ausgang des Krieges in Angola ebenso. Natürlich müsse dieses afrikanische Vietnam die USA – vor allem angesichts von nur 12tausend kubanischen Soldaten – in Rage bringen. Dies sei die "Schande im Wahljahr", der wahre Hintergrund für die Tiraden gegen Kuba.

GUATEMALA : RANDERSCHEINUNGEN EINES ERDBEBENS

MÜNCHEN (ID/BLATT)
28. Februar

Bekanntlich treffen Naturkatastrophen nicht alle Schichten einer Bevölkerung mit der gleichen Härte; stolzerfüllt konnte das in Guatemala herrschende Militärregime nach dem letzten Erdbeben auf die Unversehrtheit seiner Gebäude und die volle Funktionsfähigkeit seiner Institutionen hinweisen, während in den Slumvierteln und in entlegenen Dörfern ca. 25.000 Menschen umkamen und eine Million Menschen obdachlos wurden.

Und wer kennt schon die Zahl derjenigen, die in Guatemala tagtäglich dem Polizeiterror zum Opfer fallen. Seit dem vom CIA und amerikanischen Marines 1954 „erfolgreich" durchgeführten Sturz der damals linksnationalen Regierung schätzt man die Zahl der verschwundenen, gefolterten und ermordeten Regimegegner auf 30.000. Nach dem Erdbeben hat es viele standrechtliche Erschießungen gegeben – wegen „Plünderungen", wie es offiziell hieß. Und die vom Präsidenten Langerud persönlich geleiteten Mordkommandos der paramilitärischen Organisation „Mano Blanco" (weiße Hand) nutzen das allgemeine Chaos zur ungestörten Liquidierung unliebsamer Regimegegner. Eines ihrer letzten Opfer: der Führer der Revolutionären Einheitsfront Rolando Andrado, von „unbekannten Motorradfahrern" auf offener Straße erschossen.

Amnesty International gibt übrigens zu, daß Guatemala eines der wenigen lateinamerikanishen Länder ist, in denen es keine politischen Gefangenen gibt, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie alle ermordet werden ... .

WESTDEUTSCHE WAFFENGESCHÄFTE WERDEN GESCHMIERT

BOGOTA (ALTERNATIVA/ID)
1. März

Westdeutsche Waffenfabriken verkaufen ihre Produkte in Länder der Dritten Welt, um Profite zu machen. Die Herrschenden dieser Länder kaufen Kriegsmaterial, um ihre Macht zu sichern. Eine der bundesrepublikanischen Waffenschmieden, die gute Geschäfte mit der Unterdrückung ganzer Völker machen, ist die Firma Heckler & Koch.

Laut einer Aufstellung der Alternativa (Nr. 70, siehe ID 113) hat Heckler & Koch in den Jahren 1970/71 vor allem an die kolumbianische Kriegsmarine Material im Wert von 4,5 Millionen Dollars geliefert.

Konkrete Details veröffentlicht die gleiche Zeitschrift in ihrer Nummer 71 (23.2.76).

Alternativa berichtet, bereits 1968 habe eine kolumbianische Militärstudie den Kauf von G-3-Gewehren von H&K empfohlen. Dabei habe die US-Zeitschrift TIME „Unregelmäßigkeiten" festgestellt. Dies sei jedoch von kolumbianischer Seite heftig dementiert worden.

Unterdessen aber gingen – laut Alternativa – die Verhandlungen mit H&K weiter: es handele sich jetzt um den Kauf von weiteren G-3-Gewehren und von M-P-5-Maschinenpistolen für die Nationalpolizei. Den Antrag dafür habe der Kommandant der Polizei beim Verteidigungsminister gestellt. Bei diesen neuen Kaufverhandlungen sei, merkwürdigerweise, eine zweite Untersuchung, die zwischen Mai 72 und September 73 durchgeführt wurde, völlig außer Acht gelassen worden. Diese Untersuchung hatte erneut Waffengeschäfte mit H&K abgelehnt.

In diesem Zusammenhang sei, laut TIME, die Rede von 200.000 Dollars Schmiergeldern gewesen. Quelle der Information: ein kolumbianisches Komitee für Waffenbeschaffung.

Noch Ende des vergangenen Jahres habe eine Gruppe von Offizieren, unter ihnen der Chef der (staatlichen) Militärindustrie, Alberto Camacho Leyva, neue Waffengeschäfte mit Heckler & Koch abgelehnt.

Dennoch habe der Repräsentant von H&K, Horst Brink, Alberto Camacho Leyva zu einem Besuch nach Deutschland eingeladen, um dort den neuen Vertrag zu unterzeichnen. Das habe Camacho abgelehnt, und daraufhin habe sich Brink an den Verteidigungsminister Varon Valencia persönlich gewandt.

(aus: Alternativa 71, 23.2.76)

DER GRÖßTE MIETSTREIK DER USA (TEIL 2)

NEW YORK (LNS/ID)
18. Februar

Die Hintergründe des Mietstreiks in Co-op-City, an dem über 50000 Leute beteiligt sind, haben wir im ID 114 ausführlich beschrieben. Jetzt veröffentlichen wir ein Interview mit dem Vorsitzenden des Steuerungskomitees III, Charles Rosen, der die Organisation des Komitees beschreibt. (Anm. der Redaktion)

IN CO-OP-CITY WOHNEN SO VIELE LEUTE – WIE KANN SO EIN STREIK ORGANISIERT WERDEN?

Wir etablierten eine ständige Versammlung, das Steuerungskomitee, das zu 3/4 aus gewählten Vertretern der drei größten Organisationen der Trabanten-Stadt besteht:

– Die älteren Bürger, die in Co-op-City den größten Anteil an der Gesamteinwohnerzahl haben (15000), sind stark organisiert. Sie treffen sich in Clubs, den senior citizens clubs. Die Vorsitzenden aller Clubs wiederum sind alle in einer Organisation, dem Koordinierenden Rat der Älteren Bürger von Co-op-City. Dieser Rat ist ein Bestandteil des Steuerungskomitees. Er repräsentiert ein Viertel dieser Versammlung.

– Weiterhin haben wir einen Beirat. Er besteht aus demokratisch gewählten Vertretern aus jedem Gebäude. (Der Beirat ist die einzige offizielle, vom Staat New York anerkannte Mieterorganisation.) Diese Gruppe macht ein weiteres Viertel des Steuerungskomitees aus.

– In Co-op-City gibt es 35 Wohnhochhäuser. In jedem Hochhaus gibt es einen Vorsitzenden. Die sind zusammen in einer Organisation, der Co-op-Koalition, – ein weiteres Viertel des Komitees.

– Fünf Bürger, ehemalige Mitglieder im Aufsichtsrat von Co-op-City, repräsentieren zusätzlich das letzte Viertel im Komitee. (Die Mieter konnten seit 1972 die Entscheidungen des Aufsichtsrates durch selbstgewählte Vertreter mitbestimmen. Diese 5 Vertreter-Direktoren traten 1975 zurück, als der Aufsichtsrat eine weitere Mieterhöhung beschloss und traten dem Komitee bei.)

Insgesamt sind also 23 Leute im Komitee – – von den eben genannten Organisationen werden in offenen Wahlen 3 Vertreter und 3 Stellvertreter gewählt.

Der Streik wird vom Streikkomitee geleitet. Dieses Komitee unterteilt sich in eine Vielzahl von Organisationen. In den Hochhäusern gibt es eine Organisation auf jedem Stockwerk. Die gewählten Stockwerkvertreter biden eine Hausorganisation, wiederum mit eigener, selbst gewählter Führung. Die anderen Wohngebiete haben wir in in 10 - 12 Bezirke aufgeteilt, dadurch entstand eine Führungsebene, die wir area marshals nennen. Wir halten viele Versammlungen ab, Bildungsversammlungen, und zwar auf allen Ebenen, Mieterversammlungen, Flurversammlungen, areamarshall-Versammlungen, usw. Die Politik wird von höchster Stelle, dem Streikkomitee, bestimmt. Hier sind die Bezirke, die Hochhäuser und die ursprünglichen 23 Initiatoren des Komitees vertreten.

WIE FUNKTIONIERT DER ALLTAG?

Wir arbeiten sehr demokratisch. Politik wird nur in öffentlichen Veranstaltungen bestimmt. Jeder Mieter von Co-op-City kann an den Versammlungen teilnehmen und sprechen. Außerdem ist jeder frei in seiner Entscheidung, ob er den Mietstreik unterstützt oder nicht. Keiner wird dazu gezwungen. Bis jetzt haben wir jeden Monat mehr als 85 % der Miete gesammelt. Die Staatsanwaltschaft strengte gegen uns einen Prozeß mit der Begründung an, wir würden die Miete zwangseintreiben. Der Prozeß dauerte 7 Wochen und es war nicht möglich, auch nur einen Zeugen unter den 60000 Einwohnern zu finden, der diese Behauptung unterstützt hätte.

WELCHE ROLLE SPIELT DIE FÜHRUNG IN DIESEM STREIK?

Ich kann mir die Disziplin und die einheitliche Organisation nur dadurch erklären, daß es keine Alternative gibt zu dem, was wir vorgeschlagen haben. Wir haben ein vernünftiges Konzept gehabt und der Staat hat uns schmählich behandelt. Wir haben keine Militanz angeboten, sondern ein wachsendes militantes Bewußtsein erzeugt. Ich würde sagen wir werden vom Volk weiter vorangestoßen. Wir nehmen die Verantwortung unserer Führungsrolle sehr ernst, aber wir preschen nicht von uns aus vorwärts. Zum Beispiel: Wir haben im Juni zum ersten Mal die Miete auf unserem Namen gesammelt, der Streik fing an. Staat und Justiz erließen sofort Verfügungen, daß das Geld an sie weitergegeben werde, wir weigerten uns und wandten uns an das Revisionsgericht. Deren Urteil lautete, daß unser Fall erst dann Gehör finden werde, wenn das Geld an sie weitergegeben werde. Das Geld sollte vom Gericht verwahrt werden, danach könnte man erst zu einer Entscheidung gelangen. Ich glaube, daß niemand im Steuerungskomitee glaubte, daß sich das Gericht zu unseren Gunsten entscheiden würde. Aber wir glaubten, daß es falsch sei einen voreiligen Schritt zu machen und dem Volk das Recht zu einem höheren Gericht zu verweigern, solange es noch Gerechtigkeit von der Justiz erwartete. Wir fühlten, daß die Stärke dieses Kampfes vom Volk abhing und nicht von den Erfahrungen einiger. Also gaben wir dem Gericht das Geld. Und wir hatten Recht. Das Gericht gab das Geld der Wohnungsbaugesellschaft (die Co-op-City verwaltete) nach vier Stunden. Trotzdem haben wir in unserem Verhalten und den Hilfestellungen gegenüber den 60000 Leuten das Richtige getan. Als wir danach argumentierten, daß Gerichte nicht zu unseren Gunsten urteilen, waren alle davon überzeugt. Im Laufe unseres Kampfes haben uns der Gouverneur, die Legislative und die Justiz betrogen. Wenn es nur noch um Geld-Rechte oder Menschenrechte geht, hat das Geld immer Vorrang.

ANGOLA – FILM GEDREHT

HAMBURG (ID)
26. Februar

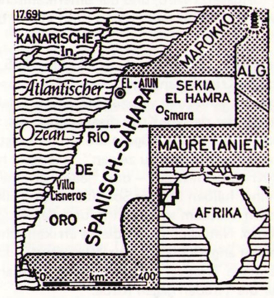
Zum erstenmal ist in Westdeutschland ein Film erhältlich, der konkretes Material über den Aufbau einer neuen Gesellschaft in dem von Portugal 1974 in die Unabhängigkeit „entlassenen" Angola enthält.

Der Film zeigt u.a. die Unterstützung der Befreiungsbewegung MPLA, Ansätze von Selbstverwaltung (Poder Popular) und die Entwicklung der Selbstverteidigung. Der Angolafilm (45 Minuten, 16 mm, Farbe, in deutscher Sprache) kann bestellt werden beim Zentralfilmverleih, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36.

REPUBLIK SAHARA : DER KAMPF UM DIE UNABHÄNGIGKEIT BEGINNT

FRANKFURT (ID)
1. März

Nur wenige Stunden nach dem endgültigen Rückzug der Kolonialmacht Spanien aus der der Westsahara hat die Befreiungsfront Polisario den neuen Staat proklamiert. El Ouali, der Generalsekretär der Polisario, rief am 27. Februar die „Arabische Demokratische Republik Sahara" aus.



Zwei Tage später wurde sie bereits von der knappen Mehrheit der Staaten anerkannt, die in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vertreten sind. Auch die UNO hat sich für die Selbstbestimmung der Saharauis ausgesprochen.

Aber noch hat das Volk der Saharauis mit seiner Front für die Befreiung von Sagiua-El-Hamra und Wadi-Dahab (Rio de Oro) sein Land nicht unter Kontrolle.

Die reaktionären Regimes von Marokko und Mauretanien, Nachbarländer der Republik Sahara, haben das Land besetzt und unter sich aufgeteilt: Marokko hat den Nordteil Saguia-El-Hamra mit der Hauptstadt El Aioun okkupiert, Mauretanien den Südteil Wadi-Dahab (Rio de Oro).

Materieller Hintergrund der Okkupation sind die reichen Phosphatvorkommen, die größten der Welt; außerdem gibt es Öl, Eisen, Kupfer, Uran, Erdgas und vor der Küste reiche Fischgründe.

Seine Expansion hatte der marokkanische König Hassan II. bereits im vergangenen Oktober mit dem sogenannten „Grünen Marsch" von mehreren hunderttausend Marokkanern in die Westsahara begonnen.

Die neuen und alten Besatzer — Marokko, Mauretanien und Spanien — hatten sich im vergangenen November in der 1968 von Spanien geschaffenen Jemáa in El Aioun, der Hauptstadt der Republik Sahara, verständigt. Die Jemáa ist ein Ständeparlament nach dem Vorbild der spanischen Cortes. Ihre Mitglieder sind nicht gewählt, sondern von den spanischen Behörden nach Berufsklassen bestimmt. Die Mehrheit der Jemáa, die mit der Polisario sympathisiert, hat allerdings (laut Le Monde vom 28.2.) schon im Januar ihre Auflösung beschlossen.

Aber nicht in der Jemáa, am grünen Tisch, sondern im militärischen Kampf wird die Entscheidung fallen. Die marokkanische Luftwaffe hat ihn jetzt mit Napalmbomben verschärft, wie Vertreter der Polisario auf einer Pressekonferenz in Addis Abeba berichteten.

Die Front Polisario wird von Algerien unterstützt, von dort aus operiert sie, dort ist zur Zeit die saharauische Regierung im Exil, dort wurde auch das offizielle Komuniqué zur Staatsgründung veröffentlicht (aus Le Monde vom 1.3.76):

KOMMUNIQUE ZUR STAATSGRÜNDUNG

„Der Provisorische Nationalrat Sahara zur Proklamierung der Arabischen Demokratischen Sahara.

Das arabische Vok der Sahara erinnert die Völker der Welt daran, daß sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Proklamation der Menschenrechte sowie durch den Beschluß der Vollversammlung Nr. 1514 in der 15. Sitzungsperiode folgendes bekannt gemacht haben:

'Die Völker der Welt erklären erneut entschlossen ihren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an die Würde und den Wert der Person, an die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, sowie von großen und kleinen Nationen. Sie fördern den sozialen Fortschritt und die Verbesserung der Lebensbedingungen in größerer Freiheit.

Sie sind sich der Rückwirkungen der wachsenden Konflikte bewußt, die sich daraus ergeben, daß diesen Völkern die Freiheit verweigert wird oder ihnen Hindernisse in den Weg gelegt werden. Dadurch wird eine neue Gefahr für den Weltfrieden geschaffen.

Sie sind überzeugt, daß alle Völker ein unveräußerliches Recht auf völlige Freiheit, Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen haben.'

Entsprechend dem Prinzip der schnellen und bedingungslosen Vernichtung des Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen soll die ökonomische und sozio-kulturelle Entwicklung aller kämpfenden Völker verwirklicht werden.

Auf der Basis des freien Willens des Volkes, gegründet auf die Prinzipien der demokratischen Wahl, wird der ganzen Welt hiermit die Entstehung eines freien, unabhängigen, souveränen Staates angekündigt, der von einem nationalen, demokratischen, arabischen System mit gewerkschaftlicher, fortschrittlicher, islamischer Orientierung gelenkt wird, mit dem Namen „Arabische Demokratische Republik Sahara".

In Übereinstimmung mit seiner Doktrin, Orientierung und dem von ihm eingeschlagenen Weg erklärt dieser arabische, afrikanische, neutralistische Staat die Respektierung aller Chartas und internationalen Verträge, sowie eine Bindung an die Charta der Vereinten Nationen und an die der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und versichert sein Engagement für die universelle Proklamation der Menschenrechte.

Das Arabische Volk in der Arabischen Demokratischen Republik Sahara ist entschlossen, seine Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu verteidigen und über seine Ressourcen und Bodenschätze selbst zu verfügen. Es kämpft Seite an Seite mit allen friedliebenden Völkern der Welt für die Sicherung des Friedens und die Konsolidierung der Sicherheit in der ganzen Welt. Es unterstützt alle Befreiungsbewegungen, die sich im Kampf gegen Kolonialherrschaft befinden.

In diesem historischen Moment der Gründung eines neuen Staates appelliert die Arabische Demokratische Republik Sahara an alle Brudervölker und an alle Staaten der Welt, sie anzuerkennen; gleichzeitig versichert sie ihren aufrichtigen Willen, mit ihnen Beziehungen aufzunehmen auf der Basis der Freundschaft, Zusammenarbeit und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.

Die Arabische Demokratische Republik Sahara appelliert an die internationale Gemeinschaft, sich um die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit zu bemühen und die Grundlagen von Frieden und Sicherheit zu stärken, um dadurch zum Aufbau und zur Entwicklung des neuen Staates beizutragen.

GÜNSTIGE KAMPFBEDINGUNGEN FÜR POLISARIO

ALGIER (LE MONDE/ID) 3. März

Baba Miske, Sprecher der Polisario, soeben aus der Westsahara zurückgekehrt, gab in Algier am 27. Februar eine Pressekonferenz. Zuerst versicherte er, von westlichen Journalisten bestätigt, daß sich die Städte Guelta und Mahbes immer noch in den Händen von Polisario befänden, obwohl die marokanische Regierung in Rabat die Eroberung verlauten ließ.

Zur militärischen Lage äußerte er sich wie folgt: „Die Kämpfe setzen sich jetzt auf dem gesamten Saharagebiet fort, und nicht nur an den Grenzen. Seit dem 2. November und bis zur 1. Schlacht um Amgala bestand die Taktik der marokanischen Kräfte darin, Ansiedlungen zu besetzen. Hatten sie sich einmal niedergelassen, befanden sie sich in der Falle; die kleinen Erkundungs-Patrouillen wurden von Freischärlern der POLISARIO angegriffen und dezimiert. Anfangs konnte die Verbindung zwischen zwei von den Marokkanern eingenommenen Städten durch Lastwagenkonvois abgesichert werden.

Mehr und mehr wurden aber die Pisten vermint, und die Marokkaner mußten auf Hubschrauber zurückgreifen, während das Gros ihrer Truppen bewegungslos verharrte.

Vor diesem Zermürbungskrieg, der für die marokanischen Soldaten einen langsamen, aber konstanten Aderlaß bedeutete, hat Kolonel Dlimi, der die marokanische Armee in der Sahara kommandiert, gemäß den Saharaouis seine Taktik modifiziert: er hat versucht, einen Coup zu landen, der die 1. Operation von Amgala weit Übertreffen sollte, mit dem Ziel, die Umgebung von Amgala fest in seine Gewalt zu bekommen. Obwohl er diese Aktion wie einen Sieg darstellte, haben die R(C)AF (Royal Criminal Army Forces) schwere Verluste an Menschen und Material hinnehmen müssen. Die 2. Schlacht um Amgala war für sie noch verheerender. Abwechselnd haben die R(C)AF Tifariti und Bir-Lahlou besetzt, aber diese Ortschaften waren dann immer leer. Da sie dabei zu Zielscheiben der Freischärler wurden, haben die marokanischen Truppen es vorgezogen, sie wieder zu verlassen."

Zur diplomatischen Situation sagte er: „Das Befreiungskomitee der OAU hat die Front Polisario als legitime Repräsentanten des Saharaoui-Volkes anerkannt. Auch hat sich die PLO auf die Seite der Polisario gestellt, und ein Treffen zwischen ihr und Arafat ist geplant. Ägypten verhält sich neutral. Südyemen und Somalia stehen auf der Seite der Polisario. Schließlich kann die Polisario-Front fest mit Algerien und Lybien rechnen; dabei ist bedeutend, daß Algerien ein nicht zu unterschätzendes Prestige in der 3. Welt besitzt."

ARBEITSLOSIGKEIT IN DER SCHWEIZ

FRANKFURT (ID) 23. Februar
Die Schweiz – heißt es so schön – hat nur 30.000 Arbeitslose. Gewiß, im „internationalen Vergleich eine bescheidene Anzahl – nur ein Prozent der Erwerbstätigen.

Die Kehrseite der Medaille findet so nebenbei Erwähnung. Man stellt den Zusammenhang und die Folgen nicht her. Man sagt einfach, im letzten Jahr hätten die Arbeitsplätze in der Schweiz um 200.000 abgenommen. Wohin sind die wohl gegangen, die 200.000 Menschen, die diese Arbeitsplätze einmal besetzt hielten?

Die 30.000 offiziell Arbeitslosen wurden bereits erwähnt. Es sind zum größten Teil Schweizer. Von den verbleibenden 170.000 sind ca. 110.000 Ausländer, die die Schweiz verlassen haben. – Sie belasten weder die Arbeitslosenstatistik, noch (viel wichtiger ...) die Arbeitslosenversicherung –. Es bleiben die SchweizerFrauen, denen von der bürgerlichen Presse freundlicherweise das Leben am Herd für die Familie wieder schmackhaft gemacht wird. Eine nette Bilanz: Frauen am Herd im Schoße der Familie und arbeitslose Ausländer im Ausland belasten das soziale Klima nur geringfügig. Neben der Frage der Kosten der Arbeitslosenversicherung wird es so auch möglich, die Kosten der Alibi-Arbeitsbeschaffungsprogramme zu minimieren und dem Budgetausgleich, das Steckenpferd der Kapitalisten, den notwendigen Tribut zu leisten. Zählt man die 200.000 Arbeitnehmer, die in der Schweiz weniger arbeiten, als Arbeitslose, gelangt man auch für die Schweiz zu einer Arbeitslosigkeit von um die 7 %. Daß in der Schweiz die Sozialpartnerschaft besser funktioniert als anderswo, ist und bleibt so trivialste Demagogie.

WO SOLLEN MIßHANDELTE FRAUEN HINGEHEN? – „WIR BESETZEN EIN HAUS!"

PARIS (LIBE/ID) 2. März
Am Samstag, den 28. Februar, besetzten mehrere dutzend Frauen nach einem Aufruf der „Vereinigung der geschlagenen Frauen" (association sos femmes battues) für mehrere Stunden ein grosses Gebäude in Plessis – Robinson (Vorstadt von Paris). Die Frauen erklärten, daß sie schon seit Monaten die Forderung nach einer Zufluchtsstätte an die Regierung gestellt und bisher nichts als Versprechen ohne Resultat erhalten hätten.

Jetzt haben sie die Konsequenz gezogen und besetzt. „Es soll kein gewöhnliches Heim werden, das wir gründen wollen, keines, wie zum Beispiel Pauline Roland (Heim der Sozialhilfe, aus dem kürzlich Frauen unter dem Vorwand, mit der Miete im Rückstand zu sein, rausgeschmissen wurden)," sagten die Frauen. „Das, was wir wollen, ist ein Ort, wohin sich alle Frauen, die mißhandelt worden sind, flüchten können, und davon gibt es viele. Sie sollen selbst das Haus leiten. Es wird nötig sein, daß die Frauen alle und gemeinsam die anfallenden Aufgaben übernehmen, nur so werden sie neue Beziehungen entwickeln zwischen sich und zu ihren Kindern."

Die Stimmung war großartig. Alle waren in einem Raum versammelt, als die Polizei kam und dazu aufforderte, das Haus in 20 Minuten zu verlassen. Zwanzig Minuten Zeit, um ein Ultimatum zu diskutieren. Die Meinungen gingen weit auseinander. Die einen sagten, man sollte seine Beziehungen zur Sozialbehörde nicht unnötig strapazieren, die anderen meinten, man müsse den Konflikt bis zum Ende austragen und man sei zu einer gewaltsamen Aktion stark genug.

Schließlich war die Zeit zu knapp, die Unterschiede auszudiskutieren, und das Haus wurde unter langem hin und her mit vielen Verzögerungen geräumt. Dennoch war die Stimmung überaus gut.

ZUR LAGE IN SPANIEN

ZWEITE STREIKOFFENSIVE IN SPANIEN

FRANKFURT (ID) 3. März
Die zweite große Streikwelle rollt über Spanien. In allen Ecken des Landes finden Streiks, Demonstrationen, Betriebsbesetzungen statt, Barrikaden werden errichtet. Die Antwort des francistischen Staates ist Terror und Brutalität. In einigen Orten wird die Bewegung von der Bevölkerung bis zum lokalen Generalstreik getrieben.

In Vitoria, das im Baskenland zwischen Burgos und Pamplona liegt, haben tausende von streikenden Arbeitern, unterstützt von der Bevölkerung, Barrikaden gebaut und sich harte Kämpfe mit den Eliteeinheiten der Antiterrorbrigaden geliefert. In und um Barcelona streiken etwa 90tausend Bauarbeiter, am 27.2. gingen sie mit Pflastersteinen gegen die ungeheuer brutale Polizei vor. Etwa 4000 Bauarbeiter legten für vier Stunden die Innenstadt lahm. Bereits am 26.2. hatten 15tausend eine Demonstration gemacht.

Die Lastwagenfahrer von Barcelona sind aus Solidarität mit ihren Kollegen in Madrid ebenfalls in Streik getreten. Dort standen zeitweilig 20 von insgesamt 21tausend Lastwagen still, 50tausend Fahrer waren 8 Tage im Streik. Sie fordern höhere Löhne und soziale Verbesserungen.

Neben den Transportarbeitern streiken, vor allem in Katalonien, auch die Textilarbeiter und die Minenarbeiter der Kohlenindustrie in Galizien und Asturien. Die Arbeiter der staatlichen Kohlegruben „Hunosa" streiken schon seit zwei Monaten.

Die staatlichen Behörden versuchen, durch Kohlelieferungen aus dem Ausland – die Lieferanten aus USA, EG und Ostblock bilden ein illustres Trio – den Streik zu unterlaufen. Dagegen hat der Internationale Gewerkschaftsverband in Brüssel protestiert.

In Sestao in der baskischen Provinz Viscaya haben die Arbeiter sämtliche Hochöfen besetzt. In der baskischen Metropole Pamplona demonstrierten vorletzte Woche 30tausend Leute. In Sabadell, einer Industriestadt in der Zone von Barcelona, werden die streikenden Arbeiter von der Bevölkerung und insbesondere von den Lebensmittelhändlern unterstützt, so daß die Bewegung in einem lokalen Generalstreik ihren Höhepunkt hatte. Daraus wurde die „Tote Stadt" entwickelt, d.h.: alle öffentlichen und privaten Geschäfte und Behörden waren dicht. Die städtischen Angestellten von Barcelona fordern weiterhin den Rücktritt des faschistischen Bürgermeisters Viola, bei ihren Streikaktionen nahmen neben Feuerwehrleuten sogar Polizisten teil. Auch in Sevilla streiken die städtischen Transportarbeiter, dort hat die Polizei bisher 18 Streikende verhaftet.

Die multinationalen Konzerne gehen immer mehr zu Aussperrungen über. Jüngste Fälle sind Pirelli und die Robert Bosch GmbH, beide in Madrid.

Mit dem ersten Märztag ist die Streikwelle auch auf das Bildungswesen übergesprungen. Von mehreren Lehrerstreiks sind rund 1 Million spanische Schüler betroffen. Die Assistenzprofessoren der Universität Madrid streikten, wie vorher schon ihre Kollegen in Saragossa, am 2. und 3. März. Daraufhin wurde die Polizei, nach ihrem Rückzug im Januar, wieder auf dem Campus stationiert.

Le Monde von 2. März meldet, daß die soziale Bewegung über die Angestellten der Banken, Hotels und des Transportwesens bis zu den Bäckern geht: am 3. März haben in Madrid 6000 Bäcker zwei Stunden gestreikt. Sogar Fußballer haben sich jetzt den Forderungen nach gewerkschaftlicher Freiheit angeschlossen: der holländische Star Cruyff, der bei C.F. Barcelona spielt, und zwei andere Stars sollen sich (laut Le Monde) öffentlich dafür eingesetzt haben.

Hintergrund der Streikwelle sind die seit letztem Jahr von der Regierung gestoppten Löhne bei einer Infaltion von 16,5 %. Unterdessen haben die unnachgiebigen Kämpfe der Arbeiter zu Lohnerhöhungen zwischen 20 und 30 % geführt. In dem einen Monat Januar dieses Jahres wurde in Spanien mehr gestreikt als in den beiden vorangegangenen Jahren.

Nach Angaben der Handelskammer von Barcelona (laut FAZ vom 4.3.) „erreichten die Streikverluste im Januar 20 Millionen Arbeitstage gegenüber rund 10 Millionen im gesamten Vorjahr."

Die Forderungen der Streikenden gehen nicht nur auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen; gerade politische Forderungen nach Amnestie, Gewerkschaftsfreiheit sind die Elemente, die die Streikenden verschiedener wirtschaftlicher Sektoren zu Verbündeten machen.

Kapitalflucht, Stagnation un Inflation, eine Arbeitslosigkeit von 5 % sind die Zeichen der Krise. Die Hand- und Kopfarbeiter Spaniens zeigen, daß sie sie nicht bezahlen wollen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu melden: Am Mittwoch, dem 3. März, ist der spanische Polizeiminister Fraga Irbarne zu einem Besuch der sozialliberalen Regierung in Bonn eingetroffen. Mit seinem Kollegen Maihofer fand ein erster Erfahrungsaustausch statt.

DER GENERALSTREIK DER BAUARBEITER

MADRID (ID) 3. März — Ein spanischer Bauarbeiter hat uns folgenden Bericht geschickt: .

„Bevor ich ein wenig über die letzten Kämpfe der Bauarbeiter erzähle und analysiere , ist es notwendig, einige für diesen Sektor charakteristische Aspekte herauszuarbeiten, ohne die es schwierig ist, die Entwicklung der Kämpfe zu verstehen.

Bei der professionellen Gliederung muß man zwei Typen von Arbeitern unterscheiden: die Nichtspezialisierten (bäuerlicher Herkunft, Arbeitslose aus anderen Branchen usw.),also die ungelernten Arbeitskräfte; dann das spezialisierte Personal, das in dieser Branche ausgebildet ist, z.B. die Maurer, Verschaler, Eisenflechter, Maschinisten usw.'

Alle zusammen haben einen gemeinsamen Nenner: die Baustelle.

Es scheint, als könnten die ungelernten Arbeiter aufgrund ihrer Lebensbedingungen (Bauern, die als Gelegenheitsarbeiter schaffen, Arbeiter, die heute hier, morgen dort leben) sehr leicht als Streikbrecher eingesetzt werden; in Wirklichkeit stellen sie den kämpferischsten Teil unter den Bauarbeitern. Im Gegensatz zu den nichtspezialisierten genießen die gelernten Bauarbeiter die „Vorteile" dieser Branche: den Akkord, der bisher ihre Möglichkeiten angesichts der Kämpfe gebremst hat. Jedoch sind auch diese Hindernisse nicht unüberwindbar. Was den Alltag eines spanischen Bauarbeiters prägt, ist folgendes: die Atomisierung auf kleinen Baustellen, das Überhandnehmen von Banditen und kleinen Unternehmen von Banditen und kleinen Unternehmen mit stark betrügerischem Charakter, das System von Leihfirmen in Sachen Arbeitskraft, die hohe Arbeitsunfallgefahr (alle drei Tage sterben zwei Bauarbeiter in Spanien), eine weit verbreitete Betrugspraxis mittels fingierter Verträge und ein allgemeines Klima von Druck und Zwang während des Arbeitstages.

Man könnte zusammenfassend das Verhältnis Unternehmer-Arbeiter als schärfste Form kapitalistischen Gangstertums bezeichnen; diese ganze maskierte oder offene Gewalt, unter der der Arbeiter zu leiden hat, die ihn prägt und die er auf vielerlei Weise zurückgibt: die Arbeit auf der Baustelle ist gewalttätig; mit ansehen zu müssen, wie ein Kollege verunglückt, ist gewalttätig; die Beziehungen zwischen Polier und Arbeiter sind gewalttätig; Prügeleien mit Polieren sind an der Tagesordnung ,d ie Spitznamen, mit denen sie bedacht werden z.B. „Schwarze Peitsche, halbes Ei, usw." sprechen für sich.

Von daher wird klar, daß die Gewalt, die in einem Generalstreik frei gesetzt wird, ein Teil der Eigendynamik dieser Branche ist: „Der Schlag mit einem Backstein überzeugt mehr als hundert Worte". Der Einsatz von Streikposten ist in der Branche so alt wie der des Baugerüstes; die Streikposten, Ausgangspunkt und Ergebnis des Streiks, bilden einen integralen Bestandteil von ihm. Die Bauarbeiter könnten nicht streiken ohne Streikposten, noch nicht einmal die Diktatur war imstande, sie zu zerschlagen. Keine andere Branche setzt diese Kampfmittel so massiv ein.

Nach dieser kurzen Skizze der besondern Ausgangssituation wollen wir den Stand der organisierten Arbeiterbewegung innerhalb dieser Branche untersuchen. Gleich zu Beginn: es existieren einige traditionelle Arbeiterkommissionen, die völlig von der PCE (spanische KP) kontrolliert werden. Außerdem haben die Genossen aus den anderen Gruppierungen (PTE/spanische Arbeiter -Partei, MCE/Kommunistische Bewegung, LC/Trotzkisten , usw.) eine Gruppe von Sympathisanten aufgebaut oder organisiert, die sich „Kommission" nennt.

Allen diesen Gruppen ist dann schließlich der Delegiertenrat der Kommissionen übergeordnet. In dieser Institution versuchen die einen wie die anderen, mit ihrer Politik zu landen. In den Basiskommissionen gibt es weder Demokratie noch Diskussion und zwar ganz einfach deshalb, weil es diese Kommissionen nicht gibt, und der Delegiertenrat unternimmt alles mögliche, um sie am Entstehen zu hindern.

PLATTFORM DER FORDERUNGEN

Seit Sommer 75 wurde die Plattform für die Tarifrunde im Baugewerbe vorbereitet: 850 pts. täglich für die Ungelernten; 100 % Lohnzahlung bei Krankheit und Unfall; Rentenalter mit 60 Jahren; 40 Wochenstunden; Arbeitergewerkschaft, Amnestie und politische Freiheit.

Diese Plattform war auf den Baustellen weit verbreitet und drückte exakt die Bedürfnisse der Arbeiter aus. In dieser Situation lancierte die PRT, entgegen allen Abmachungen ,ihre eigenen „Piratenplattform" genau desselben Inhalts, nur ohne politische Forderungen. Die in den Arbeiterkommissionnen allgemein akzeptierte Politik zielte auf Einkreisung der Gewerkschaften, indem versucht wird, Versammlungen zu organisieren, die sie verpflichten, eine beratende Kommission zur Diskussion der Tarifrunde anzuerkennen. Unterdessen wurde vor dem Streik keine Struktur von Baustellendelegierten und entscheidungsfähigen Versammlungen geschaffen, obwohl theoretisch alle dafür waren.

Schließlich setzte sich die Entscheidung durch, den Streik am 10. Dezember zu beginnen, die PTE jedoch beschloß eigenmächtig den 3., 4. und 5. Dezember als Streiktage zu begehen. Die Überraschung und die Wut waren total. 15.000 Arbeiter streiken und ihre „Junge Garde" wird aufgerieben. Der Streik entsteht und krepiert völlig sinnlos.

DER KAMPF

Am 10. Dezember marschieren die Arbeiterkommissionen und die kämpferischsten Arbeiter als Streikposten durch ganz Madrid (die Rädelsführer verschwinden regelmäßig bei diesen Gelegenheiten),und nach drei wechselhaften Streiktagen stehen 40.000 im Streik, während gleichzeitig die beratende Kommission legalisiert wird und einen öffentlichen Aufruf verbreitet. Der Streik ging an diesem Tag nicht über massiven Protest hinaus, hat jedoch nichts verändert. Der Unternehmerverband macht miserable Angebote und die Tarifkommission verhandelt weiter.

Am 12. Dezember marschieren die Streikposten von neuem los, und der Streik breitet sich aus wie ein Lauffeuer. Am Montag 60.000, Dienstag 80.000, Mittwoch und Donnerstag absolut alle, am Freitag wiederum 80.000,am Samstag tritt die Normalität wieder ein mit immerhinnoch 40.000 Streikenden.

Auf vielen Baustellen werden Versammlungen abgehalten, und wiederum treten die Streikenden in Aktion. Die organisierte Arbeiterbewegung wird völlig von der realen Bewegung überrollt. Die gesamte Provinz streikt: Guadalajara, Murcia, Valencia usw. Versammlungen werden von der Polizei unter Gaseinsatz auseinandergetrieben. Sogar die Schwarzarbeiter streiken.

Schließlich platzt die Information herein: 5.000 ptas. Lohnerhöhung, diese Erhöhung allein bedeutet schon einen Sieg. Am Samstag empfiehlt die beratende Kommission die Wiederaufnahme der Arbeit. Am Montag, den 19., streiken noch einige Baustellen. Trotzdem ist es ein Sieg, der keineswegs konsolidiert ist, denn es gibt keinerlei Klassenorganisation, die ihn absichern könnte. Die Desorganisierung und die Schwäche der bestehenden Strukturen wird offensichtlich.

Die Notwendigkeit einer proletarischen Gewerkschaft ist selbst dem letzten Trottel der Branche klar.

Der Kampf für eine Klassengewerkschaft ist deshalb unser unmittelbarstes Ziel, ebenso wie die Wahlunserer Delegierten auf den Baustellen und ihre Durchsetzung gegenüber den Gewerkschaftlern und Reformisten. Dies ist der einzige Weg, die nächsten Kämpfe

vorzubereiten.

Auf dieser Basis würde die Koordination der einzelnen Baustellen und darüber hinaus die zwischen einzelnen Industriebranchen den Arbeitern den Weg zum Aufbau unserer Gewerkschaft ebnen.

Dadurch, daß die Arbeiter die gemeinsame Plattform sich zueigenmachten und an den reformistischen Kommissionen nicht teilnahmen, konnten sie sich der Rigidität und dem Korsett, das die Reformisten ihnen überstülpen wollten, entziehen und die ersten Schritte in Richtung Klassengewerkschaft machen. Die Wahl von Arbeiterdelegierten z.B. in Bezirken wie Torrejon, die aus den Versammlungen heraus gewählt wurden und ihre Koordinierung in der Streiksituation bezeichnen eine Tendenz hin zur Autonomie und Selbstorganisation der Klasse, die von bestimmten Leuten mit einiger Mißbilligung betrachtet wird. Wir Bauarbeiter wollen weder einen Fassadenwechsel der „vertikalen Gewerkschaft", noch eine zukünftige „Intersindical" wie sie von der PC und ihren Meßdienern angeboten wird, und wir mißtrauen der „revolutionären Gewerkschaft", die die Anarchisten propagieren. Für uns ist die Sache klar: wir werden unsere eigenen Delegierten auf den Baustellen wählen, die wir in jedem gegebenen Augenblick wieder absetzen können und ihre Koordinierung mit der Basis der Macht, die ihnen aus den Versammlungen heraus zufließt, werden die Grundlage einer künftigen, autonomen Arbeitergewerkschaft bilden, die uns in den letzten Kämpfen so sehr gefehlt hat.

DURCHGESETZTE FORDERUNGEN

- 17.500 für Ungelernte (3.000 kommen an Zulagen hinzu)
- 15 Minuten täglich für Zwischenmahlzeiten
- 500.000 pts. bei tödlichen Unfällen
- Nach 15 Arbeitstagen muß das Unternehmen dem Arbeiter seine Lohnhöhe bescheinigen
- Weiterzahlung des Lohns bei Arbeitsausfällen aus wetterbedingten Ursachen
- 30 Tage Urlaub unabhängig von der Betriebszugehörigkeit
- 7.000 pts. Prämienerhöhung im Jahr
- Nur vier Stunden Arbeit an Weihnachten und Silvester
- Lohnabzüge nur bei unentschuldigten Fehlzeiten
- Keine Entlassungen, alle Verhafteten wurden freigelassen."

(Accion communista)

AUCH DIE LEHRER STREIKEN

MADRID (ID)
4. März

Staatliche wie auch private Schulen waren letzte Woche in großer Zahl geschlossen: auch die Lehrer haben begonnen, Forderungen zu stellen und sich zu organisieren. Deshalb traten sie in Streik. Hier ein Bericht aus Spanien:

DER STREIK

Am 21. Januar stimmen ausnahmslos alle für einen Streik am 22. Januar. Am 22. streiken 500 Lehrer aus 54 Zentren. Am geschlossensten treten die Lehrer aus den Arbeitervororten auf: Vallecas, Canillejas, Villaverde, Leganes ..... Am 23. erfaßt der Streik 76 Zentren. Der Mittelpunkt des Streiks sind die täglichen Versammlungen, einschließlich der Festveranstaltungen.

Durch die Wahl konnte nicht viel geklärt werden (es gab 2 sich widersprechende Wahlergebnisse), aber schließlich entschloß man sich für eine Zwischenlösung: die Verhandlungen sollten von Gewerkschaftsvertretern geführt werden, die jedoch in ihren Entscheidungen der Versammlung verantwortlich sind.

Am Montag, dem 26., stehen 247 Zentren, d.h. 2500 Lehrer und 80000 Schüler im Streik. Neue Bezirke schließen sich an: Ventas, Carabanchel. Der Streik greift auf das Zentrum der Stadt über. Am Mittwoch schlagen die Eltern am Vallecas eine Kundgebung vor dem Ministerium für Erziehung und Wissenschaft vor. Eltern und Schüler, im ganzen etwa 3000 Personen nehmen an ihr teil.

Die Polizei prügelt los, einschließlich auf Kinder und schießt mit Hartgummigeschossen auf die Versammelten. Die Behörden sind jetzt bereit, eine lineare Erhöhung von 4000 pts. zu zahlen. Die Unternehmer von Getafe bieten ein Minimalgehalt von 20000 pts. an, verbinden damit jedoch folgende Gegenforderungen: Entlassung nach ihrem Gutdünken.

Dieses Angebot löst auf der Versammlung ein allgemeines Pfeifkonzert aus. Es wird beschlossen, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bis folgende Forderungen erfüllt sind:
- 8000 pts. lineare Erhöhung
- Freiheit für die Verhafteten und Wiedereinstellung der Entlassenen.

Am 29. streiken 300 Zentren, 4500 Lehrer und 180000 Schüler. Die Streikposten beginnen, zu den Zentren zu marschieren, die ihrerseits sich bemühen, den Konflikt zu verschärfen. Am Nachmittag den 30.1. beginnen die Lehrer mit der Besetzung der Kirche „de los Sacramentos". Etwa 1000 Lehrer organisieren eine permanente Versammlung, von der aus einzelne Gruppen losgeschickt werden, um die Bezirke von den Beschlüssen der Versammlung zu unterrichten. Ein Streikposten an der Kirchentür verhindert den Zutritt von Polizei und Spitzeln.

Der Kampf geht weiter; und die Lehren, die die Arbeiter in diesem Sektor aus ihm ziehen, werden sich zweifellos niederschlagen in einer erhöhten Kampfkraft und einer Verstärkung sowohl der demokratischen Kampfpraktiken (Die Versammlungen und die aus ihnen heraus gewählten Kommissionen sind unsere beste Waffe) als auch der Arbeiterkommissionen der Zentren. Der Kampf verbindet die Arbeiter im Erziehungssektor jeden Tag stärker mit dem spanischen Proletariat:
Ein gleicher Kampf gegen den gemeinsamen Feind.
Für ein Erziehungswesen im Interesse der Arbeiterklasse.
Gegen die Klassen(schule) oder (-erziehung), die in ihren Zielen und Methoden autoritär und bourgeois ist.
Für eine einheitliche und demokratische Klassengewerkschaft.

DIE FORDERUNGEN

Der Forderungskatalog dieses Bereichs konzentriert sich auf folgende Punkte:

- 8000 pts. lineare Erhöhung, um auf einen Mindestbetrag von 30000 pts. zu kommen.
- Demokratische Verwaltung der Erziehungszentren unter Beteiligung der Lehrer, Schüler und Eltern.
- Nein zur Doppelbenennung der EGB (Educación general basica/ Primarschulwesen, staatlich) wegen ihres Klassencharakters.
- Die Kinderkrippen und -gärten müssen dem Ministerium für Erziehung und Wissenschaft unterstellt werden.
- Einheitliche und demokratische Klassengewerkschaft der Arbeiter.
- Amnestie für die politisch Verfolgten.
- Amnestie für die Gefangenen und diejenigen, die aus politischen Gründen im Exil leben.

In diesem Schuljahr wurde eine Führungskommission gebildet, die sich aus den direkt gewählten Delegierten der einzelnen Bezirke zusammensetzt. Gleichzeitig wurde eine Reihe massiver Lehrerversammlungen initiiert. Auf diesen Versammlungen, die in Kirchen stattfinden, werden alle den Kampf betreffenden Entscheidungen demokratisch gefällt.

DAS ENDE DES KAMPFS BEI DER EISENBAHN

MADRID (ID)
22. Februar

Eine Vertrauensleuteversammlung beschließt am 14. Januar eine Arbeitsniederlegung. Am Montag, dem 15.1. streiken folgende Betriebe: Villaverde (aus Solidarität mit den Arbeitern, die in Getafe im Streik sind), Atocha, Fuencarral, Principe Pio und das Computerzentrum.

Um 20 Uhr findet eine Versammlung in Chamartin statt, zu der ca. 2000 Leute zusammenkommen, die von der Polizei vertrieben werden. 16. Januar. Der Streik dehnt sich auf Teruel, Leon, Valencia, Valladolid, Aranda und Sevilla aus. Um 20 Uhr gibt es wieder eine

Versammlung in Charmatin; im Lauf einer halben Stunde bildet sich eine Demonstration von 6000 Arbeitern, die rufen: Hungerlöhne bei der Bahn.

Die Polizei erscheint und beendet die Demonstration,indem sie sie auflöst. Ein Teil der Arbeiter geht in Form einer Demonstration weiter zu den Stationen. Eine Gruppe von Vertrauensleuten schließt sich in den Büros ein und verlangt ein Zusammentreffen mit dem Präsidenten der RENFE (staatliche Eisenbahn), was er mit Drohungen beantwortet.

17. Januar. In Chamartin erhalten sie die ersten Mobilisierungskarten (Einbeziehung in den Bereich des Militärs). Der Streik geht weiter. 19. Januar. Im staatlichen Presseorgan erscheint die Mobilisierungsanordnung. Ein Teil der Arbeiter zeigt sich nachgiebig und will die Arbeit wieder aufnehmen; dann tauchen allmählich einige Militärs auf, wenn auch in kleinen Gruppen, und die Normalität setzt sich allgemein durch.

Am 22. und 23. Januar gibt es in Villaverde noch vereinzelte Versuche, das Arbeitstempo zu verlangsamen, aber sie bleiben ohne Erfolg. Der hohe Anteil an militärischem Personal (ca. 90 % der Maschinisten), der Mangel an Organisation bei den Arbeitern – die Kommissionen existieren faktisch nicht – die geringe Kampferfahrung und die schnelle ‚Militarisierung' hatten zur Folge, daß die ganze Bewegung leicht zerschlagen werden konnte.

DER OPPOSITION IM MILITÄR SOLL DER PROZESS GEMACHT WERDEN

FRANKFURT (ID)
1. März

Neun Offiziere werden ab dem 8. März wegen „Meuterei und Rebellion" von der spanischen Militärjustiz abgeurteilt werden. Sie wurden am 29. Juli des vergangenen Jahres als Mitglieder der „Demokratischen Militärunion" (UMD) verhaftet (siehe ID 99). Einer von ihnen, der Düsenjägerpilot José Ignacio Dominguez, entging der Verhaftung durch Flucht. In seiner Funktion als Sprecher der UMD gab er auf einer Pressekonferenz Informationen:

Die UMD ist 1974 gegründet worden, sie besteht aus etwa 1.000 Mitgliedern, die sich aus den Offiziersrängen vor allem der Armee und der Luftwaffe rekrutieren. Ihr Programm umfaßt demokratische Forderungen wie Generalamnestie, Streikrecht und Integration in Westeuropa. Die UMD ist überparteilich. Relativ stark ist sie unter den Offizieren verankert, die Spaniens Kolonialherrschaft in der Westsahara bis letzteWoche garantierten. Zum Rückzug Spaniens aus Afrika schreibt Walter Haubrich in der FAZ vom 25.2.76:

„Das spanische Heer habe auf Wunsch der Regierung den Saharauis eigentlich erst ein Nationalgefühl vermittelt, ein Nationalgefühl, das sich eindeutig gegen Marokko richtete. Die Auslieferung der Sahara an Marokko habe nicht nur dieses Werk zerstört, sondern diese Offiziere in den Augen der Saharauis auch als Verräter erscheinen lassen."

Verglichen mit dem portugiesischen scheint der spanische Entkolonialisierungsprozeß allerdings geringere Auswirkungen auf das Militär in seiner Gesamtheit zu haben.

Hauptmann Dominguez beschreibt innerhalb der Armee drei Fraktionen: • eine rechtsextreme Minorität unter den hohen und höchsten Rängen, • die UMD mit starkem Einfluß unter den jungen Offizieren bzw. schwachem Einfluß unter den Bürgerkriegsoffizieren, die Masse der Offiziere ohne entwickeltes politisches Bewußtsein.

Die UMD wolle „im Dienst der ganzen Nation" stehen, sie sei nicht antiimperialistisch" und habe zum Eintritt in die Nato noch keine Stellung bezogen. Zur portugiesischen MFA habe es inoffizielle Kontakte gegeben.

Am 2. März meldet „Le Monde" die Verhaftung des Hauptmannes Antonio Herreros Robles in Barcelona, der ebenfalls Mitglied der UMD sei. In seinem Haus sei eine Liste von 1.000 UMD-Offizieren gefunden worden.

Im Februar dieses Jahres hat sich nach Angaben von Dominguez auch eine Soldatenorganisation konstituiert: die „Demokratische Soldatenunion" (UDS).

ARBEITERKOMMISSIONEN IM VERSICHERUNGSWESEN

MADRID (ID)
4. März

Zu den Streikaktionen der Versicherungsangestellten erhielten wir folgenden Bericht:

ZUM AKTUELLEN KAMPF:

"Der Versicherungssektor hat sich langsam in den Kampf gestürzt, beginnend im Dezember 1974, als die ersten Aktionen der Arbeiter begannen, die große Bedeutung erreichten. Mit den Verhandlungen der Interprovinzialen Tarifrunde wurde eine Reihe von Arbeitsniederlegungen großen Ausmaßes begonnen, die etwa 30 Gesellschaften betreffen. Sie zeigten eine große Spontaneität, da es keine Avantgarde mit Erfahrung und einer minimalen Arbeiterorganisation gab.

Während des ganzen Konfliktes, der sich über eine Woche hinzog, wurden täglich Versammlungen in den Gewerkschaftslokalen gemacht mit durchschnittlicher Anwesenheit von mehr als 500 Angestellten der Versicherungen, wo man demokratisch die Ziele des Kampfes beschloß.

Die Forderungen: 3000 pts. lineare Erhöhung, Lohnsteuer und Krankenversicherung zu Lasten der Unternehmer, 1/2 jährige Revision des Abkommens, Freiheit, Demokratie, Aufhebung des Artikel 103 des Arbeitsgesetzes. Man erreichte jedoch nichts wesentliches.

DIE ENTWICKLUNG DER CCOO

Von da an, mit diesen Erfahrungen, entwickeln sich die Arbeiterkommissionen (CCOO) wesentlich als Avantgardeorganisation in jeder Versicherungsgesellschaft. Von nun an machen sie Versammlungen, jedesmal mit mehr Anwesenheit, und befestigen die verschiedenen Firmenkommissionen als permanente Organisation. Vom ersten Moment profilieren sich im Schoß der commissiones zwei Tendenzen: einerseits die reformistischen Organisationen mit ihrer gewöhnlichen Praxis (Unterordnung des illegalen Kampfes unter den legalen Kampf, Anschläge gegen die Arbeiterdemokratie ...) und andererseits mit viel weniger Einfluß eine Tendenz von Opposition, die ohne ein taktisches Programm und klare Strategie funktioniert, obwohl ihre Vorschläge waren:

- gegen die Verknüpfung der CCOO mit der Junta Democrática (KP-geführtes Bündnis)
- Demokratisierung der CCOO mit Wahlen der Koordinierung in den Bereichen und nicht im Plenum
- Boykott der Gewerkschaftswahlen
- Autonomie der CCOO gegenüber jeder politischen Organisation.

DER AKTUELLE KAMPF

In der ersten Dezember-Woche 75 wurden Versammlungen in der Gewerkschaft gemacht und man erarbeitete eine Forderungstabelle, die durch kleine Aktionen unterstützt wurde: Schweigeminuten, 1 Stunde Arbeitsniederlegung in 20 Firmen.

Unsere Forderungstabelle ist:

- 15 extra gleichbezahlte Urlaubstage für alle Firmen und 5 % Lohnerhöhung über die offizielle Lebenskostenerhöhung
- Jede 6 Monate eine Revision des Abkommens
- Altersversorgung mit 60 Jahren (oder nach 45 Jahren Arbeit) mit 100 % des Reallohns
- Revision der Arbeitsgesetze
- Wiedereinstellung der Entlassenen und keine Repressalien

In Madrid erweiterte sich die Streikwelle, was unseren Kampf auch radikalisiert, wir streiken in 25 Firmen. Wir haben 2 Sektorenversammlungen durchgeführt, und immer kamen über 600 Kollegen. Hier haben wir alles demokratisch beschlossen. In vielen Gesellschaften hat man Versammlungen geführt, in denen Arbeitsniederlegungen und verschiedene Maßnahmen beschlossen wurden, was ganz neu ist in unserer Branche.

Am 22. Januar schlossen sich über 50 Gesellschaften der Arbeitsniederlegung an, darunter GALICIA, FENIX MUTUO, MEDIODIA, LA FRATERNIDAD, etc. Ein Vertrauensmann wurde wegen des Streiks entlassen, aber wir haben seine Freilassung durch Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen erreicht."

LESEHILFE FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Herbert Nagel wurde vom Kultusministerium aufgefordert, eine lückenlose Aufstellung seiner Wohnanschriften seit 1945 einzureichen:

JANUAR 1945: Da gibt es einen jener vielen dunklen Punkte in der Liste der Anschriften: ich glaube, ich befand mich da auf einem Lastwagen auf der Flucht mit meinen Eltern und vielen anderen Leuten. Polizeilich dürfte ich damals noch in Bautsch/Sudetenland gemeldet gewesen sein. Da ich damals aber erst drei Jahre alt war, weiß ich das nicht mehr so genau.

APRIL 1945: befand ich mich, glaub ich, in einem Lager bei Neckar gerach, wo es immer Kartoffelsuppe gab, weshalb wir immer gesungen haben: „Kartoffelsupp, Karoffelsupp, den ganzen Tag Kartoffelsupp...". Das Lied hatte sehr viele Strophen, aber immer denselben Text und dazwischen haben wir manchmal gelacht. Ich schreibe das alles nur, weil ich darüber keine Belege habe und vielleicht — es könnte ja sein, obwohl es unwahrscheinlich ist — war einer der Herren aus dem Kultusministerium dort und kann es bezeugen. Ich war damals noch sehr klein und viel dünner als heute und hatte auch noch ganz viele Haare auf dem Kopf und meine Mutter rief immer „Hehbeht", obwohl ich Herbert heiße, das „r" kraftvoll und männlich vor dem „t".

Über 1946 weiß ich schon besser bescheid: da wurden wir nach Zwingenberg/Neckar geschickt und in ein Hotel zwangseingewiesen. Das Hotel hieß „Hotel zum Anker" und da waren viele Amerikaner und auch reiche Leute: die gab es damals schon — und Conny Froboess war auch mal da — aber da war sie noch ganz klein und gar nicht so bekannt: und ob sie eine Badehose anhatte, weiß ich nicht mehr. Durchgebracht hat uns damals meine Mutter, die für die Leute vom Hotel genäht hat, weil sie Schneiderin gelernt hat.

1947 hat dann auch mein Vater wieder Arbeit gefunden. Da hat er in Stuttgart die Züge abfahren lassen und manchmal ist er auch mitgefahren als Zugbegleiter, aber das war später und ich durfte da auch mal mitfahren.

1949 hat uns mein Vater nach Stuttgart geholt: da haben wir in einem Zweifamilienhaus gewohnt, wohin wir eingewiesen wurden. Das war „im Degen", am Hang zwischen den Weinbergen; da war auch ein Bunker, in dem viele Menschen wohnten. Vielleicht hat von den Herren im Kultusministerium jemand im Degen gewohnt und weiß noch die Hausnummer, denn ich hab sie vergessen und deshalb beschreib ich das alles so genau.

1950 hat dann mein Vater eine Dienstwohnung gekriegt; in „der Prag", das liegt vom Bahnhof aus nach Norden zu an den Gleisen und auf der anderen Seite ist der Friedhof; aber hinter den Gleisen ist ein Park und da ist auch die Wilhelma — das ist ein Zoo. Die Straße habe ich vergessen: aber ich will sie beschreiben, damit man sie wiederfindet, wenn das für jemand von den Herren im im Kultusministerium so wichtig ist. Das war an einer Ecke, wo immer die Kohlenwagen von Raab Karcher rum mußten — und da ist immer Kohle runtergefallen und da standen immer alle Leute und haben gewartet und hatten Eimer in der Hand und guckten sich böse an, wenn einer mehr hatte von der Kohle, die immer runterfiel.

1952 hat sich dann mein Vater verbessert und ist Bundesbahnsekretär geworden: wir sind dann auch über den Friedhof rübergezogen an den Hang, der zum Killesberg hochgeht — dort, wo immer die Gartenschau ist und die Flüchtlingstreffen und die Gastronomenmesse. Aber wo wir wohnten, das war mehr am Güterbahnhof. Auch da weiß ich die Nummer des Hauses nicht mehr, aber von den zwölf Parteien, die dort wohnten, wohnen heute noch zwei Familien dort: vielleicht erinnern sie sich noch an mich, weil manche schimpften, wenn wir im Hof Rad fuhren.

1954 sind wir noch besser hin gezogen: nach Zuffenhausen, in die Edisonstraße 54; das weiß ich ganz sicher, weil ich zuerst 20 Minuten bis zum Bahnhof Zuffenhausen laufen mußte und dann zehn Minuten bis zum Dillman-Real-Gymnasium; aber vielleicht schreibt sich Dillmann auch mit zwei „n"?

1957 sind wir dann im selben Haus umgezogen, aber ich weiß nicht, ob ich das melden muß. Wir haben dann im selben Haus im 2. Stock gewohnt, rechts — zusammen mit meiner Oma, weil die 400 Mark Rente hatte; als sie starb, wohnte dann mein Onkel aus der Ostzone bei uns. Ist das schon eine Kommune?

1962 bin ich dann zum Studieren nach Berlin gegangen. In der Hildburghauser Straße habe ich zwei Monate gewohnt; fast hätte ich vergessen, aber ich will hier nichts verschweigen und nichts verbergen und schonungslos meine Wohnverhältnisse offenlegen.

HERBST 1962 bin ich dann in die Skalitzerstraße 63/64 umgezogen und ein Jahr später mit der S-Bahn in die Nähe des Wannsees, in die Kronprinzessinnenstraße, aber die Nummer weiß ich nicht.

1963 habe ich auch mal in der Nähe der FU Berlin gewohnt. In der Forbacher Straße glaube ich.

Von 1964 bis 1967 habe ich dann in der Niebuhrstraße bei der Frau Schwalbe gewohnt. Hausnummer 60 in Untermiete mit ihrer Tochter und ihrem Sohn und einem Meerschweinchen.

1969 bin ich dann in die Dahlmannstraße 36 gezogen; aber bei der Hausnummer bin ich mir nicht so ganz sicher und deshalb gebe ich zur Vorsicht noch die Telefonnummer an — die lautete 44 63 20, heute ich sicher eine Stelle zugekommen, wegen der Inflation.

Von 1969 bis OKTOBER 1971 wohnte ich in der Georg-Wilhelm-Str. 36, aber da weiß ich die Telefonnummer nicht mehr. (Muß ich ja ja auch nicht, weil ich noch die Hausnummer weiß).

Im Jahre 1971 bin ich dann nach Frankfurt gezogen. In die Stegstraße 80 ganz oben.

1973, auch im OKTOBER, bin ich dann in die Rotlintstraße 17 gezogen; und wenn Sie mir ganz schnell schreiben, erreicht mich Ihr Brief dort noch. —

In Verfolg dieser Angelegenheit sah sich Herbert Nagel genötigt, den folgenden Brief zu schreiben:

An die Fachhochsule Frankfurt am Main
Nibelungenplatz 1
Herrn Habig

Frankfurt, den 20.1.75

Betr.: p II - Nagel

Sehr geehrter Herr Habig!

Leider habe ich kein Schreiben vom 16.12.1974 erhalten. Aus einem Telefongespräch mit Herrn Tönges habe ich jedoch erfahren, daß meine Angaben zu den Wohnsitzen seit 1945 als zu ausschweifend empfunden wurden.
Ich werde deshalb auf jede weitere Ausschweifung verzichten, und der der Einfachheit halber eine medienpädagogisch erprobte Lesehilfe nachreichen.
Beigefügte Folien brauchen nur über die schon vorliegenden Seiten gelegt werden, um einen kurzen Überblick über meine Wohnanschriften zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Herbert Nagel.

aus der Broschüre des Verlages Neue Kritik